



NIEDERSCHRIFT

Sitzung:	Stadtrat III/3
Sitzungstag:	Dienstag, den 09.03.2010
Sitzungsort:	Ratssaal des Alten Seminars, Lüdenscheider Straße 48
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	21:15 Uhr

TAGESORDNUNG

1. Öffentliche Sitzung

1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

1.1.1. Anerkennung der Tagesordnung

1.1.2. Einwohnerfragestunde

1.1.3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
Vorlage: M/2010/589

1.2. Anregungen und Beschwerden gemäß 24 GO NW - entfällt -

1.3. Genehmigung Dringlicher Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW - entfällt -

1.4. Beschlüsse

1.4.1. Satzung über die Erhebung von Kosten und Gebühren in der Stadt Wipperfürth
bei Einsätzen der Feuerwehr
Vorlage: V/2010/576

1.4.2. Entscheidung Außensauna / Sachstand Schwimmbadsanierung WLS
Vorlage: V/2010/582

1.4.3. Bildung eines Arbeitskreises "Straßenbeleuchtung"
Vorlage: V/2010/584

1.4.4. Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten; Besetzung des Aufsichtsrates der
OVAG
- von der Verwaltung zurückgezogen -

1.4.5. Wahlen zu den Ausschüssen; Vertreter der evangelischen Kirche im Ausschuss
für Schule und Soziales
Vorlage: V/2010/586

1.5. Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen

- 1.5.1. Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2010 mit Haushaltsplan und Anlagen
Vorlage: V/2010/577

1.6. Anfragen

- 1.6.1. Zustand der Straßen nach dem Winter und Reparaturbedarf;
Mederlet, Frank / SPD-Fraktion, vom 20.02.2010
Vorlage: F/2010/057

1.7. Anträge

- 1.7.1. Vorrangige Räumung der Behindertenparkplätze beim Winterdienst;
Eicker, Wolfgang / FDP-Fraktion, vom 10.02.2010
Vorlage: A/2010/071
- 1.7.2. Einführung der Ehrenamtskarte;
Mederlet, Frank / SPD-Fraktion, vom 24.02.2010
Vorlage: A/2010/074
- 1.7.3. Auftragsvergabe nach VOB / VOL;
Schnepfer, Josef / FDP-Fraktion, vom 24.02.2010
Vorlage: A/2010/073

1.8. Mitteilungen

- 1.8.1. Verkaufsoffene Sonntage im Jahr 2010
Vorlage: M/2010/590
- 1.8.2. Schrittweise Umstellung auf eine papierlose Rats- und Ausschussarbeit; mündlicher Bericht des Bürgermeisters
- 1.8.3. Ermächtigungsübertragung vom Haushaltsjahr 2009 ins Haushaltsjahr 2010
Vorlage: M/2010/602
- 1.8.4. Situation der Kommunalfinanzen; Einberufung einer Gemeindefinanzkommission auf Bundesebene
Vorlage: M/2010/603
- 1.8.5. Bestätigung des Sitzungstermins 18.05.2010

2. Nichtöffentliche Sitzung

2.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

2.2. Anerkennung der Tagesordnung

2.3. Genehmigung Dringlicher Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW - entfällt -

2.4. Beschlüsse

2.4.1. Neuabschluss Konzessionsvertrag STROM Vorlage: V/2009/564

2.5. Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen - keine -

2.6. Anfragen - keine -

2.7. Anträge

2.7.1. Auftragsvergabe an externe Berater; Schnepper. Josef / FDP-Fraktion, vom 25.02.2010 Vorlage: A/2010/072

2.8. Mitteilungen

2.8.1. Personalwirtschaftliche Maßnahmen; Genehmigungsvorbehalte der Kommunal- **aufsicht** - mündlicher Bericht der Verwaltung -

2.8.2. Organisationsgutachten Alte Drahtzieherei Vorlage: M/2010/600



Stadt Wipperfürth

ANWESENHEITSLISTE

zur Sitzung des Stadtrates,
am 09.03.2010
von 17:00 Uhr bis 21:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

von Rekowski, Michael

parteilos

Bürgermeister

Ratsmitglieder

Ahus, Margit

CDU

Berster, Heribert

CDU

Billstein, Regina

SPD

Blechmann, Karin

SPD

Bongen, Hermann-Josef

CDU

Börsch, Thomas

UWG

Brachmann, Peter

SPD

Dellweg, Friedel

CDU

Eicker, Wolfgang

FDP

Felderhoff, Klaus-Dieter

UWG

Frielingsdorf, Hans-Otto

UWG

Funke, Jürgen

CDU

Goller, Christoph

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Gottlebe, Joachim

SPD

Grolewski, Joachim

UWG

Grüterich, Norbert

CDU

Höhfeld, Rolf

CDU

Klett, Stefan

CDU

von TOP 1.1.2 (17.10 Uhr)
bis TOP 2.8.2 (21.05 Uhr)

Koppelberg, Harald

UWG

Köser, Andre

CDU

Kremer, Stephan

CDU

Mederlet, Frank

SPD

Palubitzki, Lothar

CDU

Scherkenbach, Friedhelm

CDU

Schmitz, Andreas

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Schneider, Eva

CDU

Schnepper, Josef W.

FDP

Schulte-Thiele, Klaus	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Stefer, Michael	CDU
Stein, Günter	SPD
Surborg, Joachim	CDU
Vacca, Vincenzo Hubert	CDU
Weingärtner, Bastian	CDU
Wurth, Ralf	SPD
Wuttke, Henry	FDP

Verwaltungsvertreter/in

Barthel, Volker	intern	StBD
Hachenberg, Friedrich	intern	StOVR
Leonhardt, Alexandra	intern	VfA
Trompetter, Frank	intern	Stadtkämmerer
Willms, Herbert	intern	StOAR
Wollnik, Lothar	intern	StVD

Schriftführer

Breuer, Reinhard	intern	StAR
------------------	--------	------

Es fehlte:

Schüler, Heinz	SPD
----------------	-----

1 Öffentliche Sitzung

1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister **von Rekowski** stellt fest, dass zur heutigen Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Rat beschlussfähig ist.

1.1.1 Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung in der Fassung des I. Nachtrags zur Einladung wird unter Berücksichtigung folgender Änderungen einvernehmlich anerkannt:

- Der Tagesordnungspunkt 1.4.4 „Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten; Besetzung des Aufsichtsrates der OVAG“ wird von der Verwaltung zurückgezogen.
- Neu aufgenommen wird der Tagesordnungspunkt 1.4.5 „Wahlen zu den Ausschüssen; Vertreter der evangelischen Kirche im Ausschuss für Schule und Soziales“.

1.1.2 Einwohnerfragestunde

Herr Joachim **Mutz** erklärt, die ihm zuvor durch die Verwaltung überreichte Antwort auf seine Einwohneranfragen vom 15.12.2009 bringe ihn in der Sache nicht weiter.

Den Bürgermeister fragt er unter Bezugnahme auf die gegen seinen Amtsvorgänger und andere Verwaltungsvertreter eingereichte Dienstaufsichtsbeschwerde, wie er rechtfertige, dass er den Stadtrat bis heute immer noch nicht über den Sachstand unterrichtet habe. Nach der Gemeindeordnung sei der Rat über alle wichtigen Angelegenheiten der Gemeinde zu unterrichten.

Außerdem wiederhole er seine bereits früher gestellte Frage, wie sicher gestellt werden könne, dass auch die zwischenzeitlich ausgeschiedenen Ratsmitglieder über den Ausgang aller von ihm in Gang gesetzter Verfahren informiert werden und er Zweitschriften dieser Erklärungen erhalte.

Bürgermeister **von Rekowski** erklärt, dass eine direkte Antwort wiederum schwierig sei und deshalb die Fragen auch diesmal wieder schriftlich beantwortet würden.

Herr Thomas **Flosbach** fragt, wie die Stadt auf die Idee gekommen sei, die gesamte Grundschule St. Nikolaus einzuzäunen und damit zugleich Turnhallenbenutzern den Zugang etwa in den Abendstunden zu erschweren.

Nach Auskunft der Verwaltung ist der Zaun errichtet worden nach Beschwerden der Schulleiterin über zunehmende Vandalismusschäden an der Schule und auf dem Schulhof. Zu Störungen sei es insbesondere während des Unterrichts und in den Nachmittagsstunden gekommen, die es erforderlich gemacht hätten, den gesamten Schulhof komplett abzusperrern. Der Zugang zur Sport-

halle in der endgültigen Form sei wegen andauernder Umbauarbeiten noch nicht realisiert worden, die Zugangsmöglichkeit sei aber nach wie vor gewährleistet. Die Beleuchtung werde noch ergänzt. Bürgermeister **von Rekowski** teilt mit, er werde sich die Situation vor Ort auch einmal selbst ansehen.

1.1.3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

Vorlage: M/2010/589

Der als schriftliche Mitteilung vorliegende Bericht über die Durchführung der Beschlüsse wird zur Kenntnis genommen. Unter Bezugnahme auf die Ausführungen zu den Tagesordnungspunkten 1.7.1 (Verkehrsspiegel Ecke Wupperstraße / Gartenstraße) und 1.7.2 (Geschwindigkeitsbeschränkung B 237 in Niederwipper, Versetzung Schild „Ende km/h-Beschränkung“) der Ratssitzung vom 15.12.2009 bittet die CDU-Fraktion darum, über den Inhalt der dort genannten Bescheide an die SPD-Fraktion zu unterrichten.

Es bestehen keine Bedenken, diese Schreiben auch den anderen Fraktionsvorsitzenden zur Kenntnis zu geben. Die Verwaltung wird entsprechend verfahren.

1.2 Anregungen und Beschwerden gemäß 24 GO NW - entfällt -

1.3 Genehmigung Dringlicher Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW - entfällt -

1.4 Beschlüsse

1.4.1 Satzung über die Erhebung von Kosten und Gebühren in der Stadt Wipperfürth bei Einsätzen der Feuerwehr

Vorlage: V/2010/576

Beschluss:

Die Satzung über die Erhebung von Kosten und Gebühren in der Stadt Wipperfürth bei Einsätzen der Feuerwehr wird in der beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

StVD **Wollnik** macht auf ein falsches Beschlussdatum in der Präambel des Satzungsentwurfs aufmerksam, das auf den 09.03.2010 abzuändern ist.

Anlage
Satzung

**Satzung
über die Erhebung von Kosten und Gebühren in der Stadt Wipperfürth
bei Einsätzen der Feuerwehr
vom __.__.2010**

Der Rat der Stadt Wipperfürth hat aufgrund der §§ 7 und 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstaben f) und i) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW), § 41 Abs. 3 des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung (FSHG) und der §§ 1, 2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) in der bei Erlass dieser Satzung gültigen Fassungen in seiner Sitzung am 09.03.2010 folgende Satzung beschlossen:

**§ 1
Leistungen der Feuerwehr**

- (1) Die Stadt Wipperfürth unterhält zur Bekämpfung von Schadenfeuern sowie zur Hilfeleistung bei Unglücksfällen und bei solchen öffentlichen Notständen, die durch Naturereignisse, Explosionen oder ähnliche Vorkommnisse verursacht werden, eine Feuerwehr nach Maßgabe des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung (FSHG).
- (2) Darüber hinaus stellt die Feuerwehr bei Veranstaltungen nach Maßgabe des § 7 Abs. 1 FSHG Brandsicherheitswachen, soweit der Veranstalter dieser Verpflichtung nicht genügt oder genügen kann.
- (3) Des weiteren kann die Feuerwehr auf Antrag auch freiwillige Hilfeleistungen erbringen. Ein Rechtsanspruch zur Durchführung solcher Hilfeleistungen besteht nicht. Über die Durchführung entscheidet der Leiter der Feuerwehr.

**§ 2
Kostentragung**

- (1) Die Einsätze der Feuerwehr nach § 1 Abs. 1 sind unentgeltlich, soweit in Abs. 2 nichts anderes bestimmt ist.
- (2) Für die nachfolgend aufgeführten Einsätze der Feuerwehr wird Ersatz der entstandenen Kosten verlangt:
 1. von dem Verursacher, wenn er die Gefahr oder den Schaden vorsätzlich herbeigeführt hat,
 2. von dem Betreiber von Anlagen oder Einrichtungen gemäß § 24 Abs. 1 Satz 1 FSHG im Rahmen ihrer Gefährdungshaftung nach sonstigen Vorschriften,
 3. von dem Fahrzeughalter, wenn die Gefahr oder der Schaden beim Betrieb von Kraft-, Schienen-, Luft- oder Wasserfahrzeugen entstanden ist, sowie von den Ersatzpflichtigen in sonstigen Fällen der Gefährdungshaftung,

4. von dem Transportunternehmer, Eigentümer, Besitzer oder sonstigen Nutzungsberechtigten, wenn die Gefahr oder der Schaden bei der Beförderung von brennbaren Flüssigkeiten (VbF) im Sinne der Verordnung über brennbare Flüssigkeiten (BGBI. I S. 1937) oder von besonders feuergefährlichen Stoffen oder gefährlichen Gütern im Sinne der Gefahrgutverordnung Straße (GGVS) (BGBI. I S. 1886) oder § 19 g Abs. 5 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) vom 12. Dezember 1996 (BGBI. I S. 1696) in der jeweils geltenden Fassung entstanden ist,
 5. von dem Eigentümer, Besitzer oder sonstigen Nutzungsberechtigten, wenn die Gefahr oder der Schaden beim sonstigen Umgang mit brennbaren Flüssigkeiten oder besonders feuergefährlichen Stoffen oder gefährlichen Gütern gemäß Nummer 4 entstanden ist, soweit es sich nicht um Brände handelt,
 6. vom Eigentümer, Besitzer oder sonstigen Nutzungsberechtigten einer Brandmelddanlage außer in Fällen nach Nummer 7, wenn der Einsatz Folge einer nicht bestimmungsgemäßen oder missbräuchlichen Auslösung war,
 7. von einem Sicherheitsdienst, wenn dessen Mitarbeiter eine Brandmeldung ohne eine für den Einsatz der Feuerwehr erforderliche Prüfung weitergeleitet hat,
 8. von demjenigen der vorsätzlich grundlos die Feuerwehr alarmiert,
 9. von einer Behörde oder Einrichtung, die zur Schadensverhütung und Schadensbekämpfung verpflichtet ist, sofern ein Kostenersatz nach den Ziffern 1 bis 8 nicht möglich ist.
- (3) Von dem Ersatz der Kosten kann abgesehen werden, soweit dies nach Lage des Einzelfalls eine unbillige Härte wäre oder aufgrund gemeindlichen Interesses gerechtfertigt ist.

§ 3 Berechnungsgrundlage

Die Kosten bestehen aus den Personalkosten, Fahrzeug- und Gerätekosten, Sachkosten sowie Zins- und Tilgungsleistungen.
Sie werden nach Maßgabe der §§ 4 bis 6 berechnet.

§ 4 Personalkosten

- (1) Die Personalkosten berechnen sich nach der Einsatzzeit. Sie beginnt mit dem Zeitpunkt der Alarmierung und endet mit der Rückkehr zum jeweiligen Gerätehaus. Maßgeblich ist insoweit der Einsatzbericht.

Bei Einsätzen, die eine besondere Reinigung der Fahrzeuge und Geräte erforderlich machen, wird die Zeit für die Reinigung der Einsatzzeit hinzugerechnet.

- (2) Für die Dauer des Einsatzes wird je eingesetztem Feuerwehrmitglied aller Dienstgrade ein Stundenlohn von 23,00 € berechnet.
- (3) Soweit der Kostenersatz und das Entgelt nach Stundensätzen berechnet werden, wird als Mindestbetrag der Satz für 1 Stunde erhoben. Darüber hinaus ist für jede angefangene halbe Stunde der Betrag einer halben Stunde zu entrichten.

§ 5 Fahrzeug- und Gerätekosten

- (1) Die Kosten für die eingesetzten Fahrzeuge und Geräte werden aufgrund der Einsatzzeit im Verhältnis zu den Jahresstunden berechnet. Die Einsatzzeit beginnt mit dem Ausrücken und endet mit der Rückkehr zum jeweiligen Feuerwehrgerätehaus. Die Höhe dieses Kostenersatzes bestimmt sich nach dem anliegenden Kostentarif, der Bestandteil dieser Satzung ist.
- (2) Die Kosten für Kraft- und Schmierstoffe für das jeweilige Fahrzeug bzw. Gerät sind im Verhältnis zu der Anzahl der konkreten jährlichen Einsätze zu berechnen.

§ 6 Sachkosten

Die Sachkosten wie Schaummittel, Ölbindemittel usw. werden in voller Höhe zum jeweiligen Tagespreis berechnet.

§ 7 Gebühren für sonstige Leistungen der Feuerwehr

- (1) Für freiwillige Hilfeleistungen der Feuerwehr im Sinne des § 1 Abs. 2 werden Gebühren nach Maßgabe der §§ 4 bis 6 erhoben.
- (2) Für die Dauer der Einsatzzeit bei Brandsicherheitswachen wird je eingesetztem Feuerwehrmitglied aller Dienstgrade ein Stundenlohn von € 23,00 berechnet.
- (3) Die gebührenpflichtige Leistung der Feuerwehr kann von der Vorausentrichtung der Gebühr oder von der Hinterlegung einer Sicherheit abhängig gemacht werden.
- (4) § 2 Abs. 3 gilt entsprechend.

§ 8 Inanspruchnahme privater Unternehmen und Hilfsorganisationen

- (1) Die Feuerwehr kann zur Unterstützung bei Leistungen im Sinne des § 1 private Unternehmen und/oder Hilfsorganisationen beauftragen. Über die Beauftragung entscheidet der Leiter der Feuerwehr. Ein Rechtsanspruch auf Beauftragung besteht nicht.
- (2) Für die Beauftragung privater Unternehmen und/oder Hilfsorganisationen werden Gebühren erhoben. Die Höhe der Gebühren richtet sich nach den tatsächlich angefallenen Kosten.
- (3) § 2 Abs. 3 gilt entsprechend.

§ 9 Kostenschuldner

Zur Zahlung des Kostenersatzes für Einsätze nach § 2 Abs. 2 sind die dort genannten Personen verpflichtet. Mehrere Kostenersatzpflichtige haften als Gesamtschuldner.

§ 10 Gebührensschuldner

Zur Zahlung der Gebühr für die in § 1 Abs. 2 und 3 genannten Leistungen ist derjenige verpflichtet, der die Leistung bestellt oder bestellen läßt. Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner.

§ 11 Entstehung und Fälligkeit

- (1) Der Kostenersatzanspruch nach § 2 Abs. 2 entsteht mit Beendigung der kostenersatzpflichtigen Leistungen der Feuerwehr. Er wird mit der Bekanntgabe des Kostenersatzbescheides fällig, wenn in dem Bescheid nicht ein späterer Zeitpunkt bestimmt ist.
- (2) Die Gebühr nach § 9 entsteht mit Beendigung der gebührenpflichtigen Leistungen der Feuerwehr. Sie wird mit der Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig, wenn im Bescheid nicht ein späterer Zeitpunkt festgesetzt wird.

§ 12 Haftung

Die Feuerwehr haftet bei Leistungen im Sinne des § 1 Abs. 2 und 3 nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.

§ 13 Inkrafttreten

- a. Diese Satzung tritt am 01.04.2010 in Kraft.
- b. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Entgelten für die Inanspruchnahme der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wipperfürth in der Fassung der II. Änderungssatzung vom 13.03.2008 außer Kraft.

Kostentarif zur Satzung über die Erhebung von Kosten und Gebühren in der Stadt Wipperfürth vom 09.03.2009

I. Personalkosten	je Stunde
für den Einsatz eines Feuerwehrmannes/einer Feuerwehrfrau ohne Rücksicht auf Dienstgrad und Dienststellung	23,00 Euro

II. Kosten für Benutzung von Fahrzeugen ausschließlich Besatzung je Stunde

a) Kostenersatz (§ 2 Abs. 2)

Einsatzleitwagen	ELW	10,23 Euro
Kraftdrehleiter	DL 23/12	26,08 Euro
Tragkraftspritzenfahrzeug	TSF	17,38 Euro
Löschgruppenfahrzeug	LF8, LF16/Ts, LF 16/12, LF 8/6	11,25 Euro
Tanklöschfahrzeug	TLF 16, TLF 8/18	35,79 Euro
Gerätewagen/Rüstwagen	RW1/GWG	35,72 Euro

b) Gebühren (§ 7)

Einsatzleitwagen	ELW	24,54 Euro
Kraftdrehleiter	DL 23/12	121,69 Euro
Tragkraftspritzenfahrzeug	TSF	54,71 Euro
Löschgruppenfahrzeug	LF8, LF16/Ts, LF 16/12, LF 8/6	106,86 Euro
Tanklöschfahrzeug	TLF 16, TLF 8/18	97,15 Euro
Gerätewagen/Rüstwagen	RW1/GWG	125,27 Euro

III. Kosten für die Benutzung von Geräten

a) für den Einsatz je Stunde

b) für auf Zeit überlassene Geräte je angefangene 24 Stunden

	a)	b)
1. Tragkraftspritze	12,78 Euro	-, -
2. Elektrische Tauchpumpe	7,67 Euro	-, -
3. Notstromaggregate	12,78 Euro	-, -
4. Motorsägen	7,67 Euro	-, -
5. Sonstige mit Motorkraft betriebene Geräte	7,67 Euro	-, -
6. Leitern (Steck-, Schiebe-, Haken- und Anstellleitern)	-, -	7,67 Euro
7. Schläuche je Normallänge	-, -	7,67 Euro
8. Atemschutzgeräte	10,23 Euro	-, -
9. Wasserführende Armaturen – je Armatur	-, -	2,56 Euro
10. Schlauchboot	5,11 Euro	-, -
11. Messgeräte		
a) Strahlenschutz:		
Strahlenmessgerät	7,67 Euro	-, -
Strahlenschutzanzug	7,67 Euro	-, -
sonstiges Gerät	5,11 Euro	-, -
b) Gas- und Säureschutz:		
Gasspürgerät	2,56 Euro	-, -
Explosionsmessgerät	2,56 Euro	-, -
Säure- und Gasschutzanzug	7,67 Euro	-, -
12. Sonstige Geräte – je Gerät	2,56 Euro	-, -

IV. Gebühren für Verbrauchsmaterialien

Materialien, die durch die Eigenart des Einsatzes zerstört oder verbraucht werden, berechnen sich nach Selbstkostenpreis.

V. Entsorgungskosten für aufgenommene Flüssigkeiten

Die Entsorgungskosten für aufgenommene Flüssigkeiten nach § 2 Abs. 2 berechnen sich nach den jeweils gültigen Deponiekosten.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen beim Zustandekommen der Satzung nach Ablauf eines Jahres nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Wipperfürth vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Wipperfürth, den __.__.2010

(Michael von Rekowski)
- Bürgermeister -

1.4.2 Entscheidung Außensauna / Sachstand Schwimmbadsanierung WLS Vorlage: V/2010/582

Beschluss:

In Ergänzung der am 17.06.2008 durch den Rat der Stadt beschlossenen umfassenden baulichen und technischen Sanierung des städtischen Walter-Leo-Schmitz-Bades und vor dem Hintergrund der aktuellen kritischen städtischen Finanzlage trifft der Rat unter den 3 möglichen und im Beschlussentwurf gemäß Vorlage bei a) bis c) dargestellten Varianten 1 bis 3 eine Entscheidung **für die Variante 1** (Buchstabe a) zur baulichen Umsetzung der im Sanierungskonzept vorgesehenen Außensauna. Danach wird die Außensauna mit Außenbereich und Tauchbecken wie im ursprünglich beschlossenen Sanierungskonzept geplant umgesetzt.. Die 3 möglichen Alternativvarianten sind in dem der Beschlussvorlage als Anlage I beigefügten Schreiben vom 25.02.2010 des Architekturbüros Pannhausen / Köln auf Seite 3 dargestellt und erläutert.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung

1.4.3 Bildung eines Arbeitskreises "Straßenbeleuchtung" Vorlage: V/2010/584

Beschluss:

Es wird ein Arbeitskreis „Straßenbeleuchtung“ gebildet, dem als Vertreter des Rates / Bauausschusses folgende von den Fraktionen benannte Mitglieder angehören:

- 1.) Grüterich, Norbert..... (CDU)
- 2.) Brachmann, Peter..... (SPD)
- 3.) Börsch, Thomas..... (UWG)
Vertreter: Frielingsdorf, Hans-Otto
- 4.) Goller, Christoph.....(Bündnis 90 /DIE GRÜNEN)
- 5.) Eicker, Wolfgang.....(FDP)
Vertreter: Berger, Christian, sk.B.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.4.4 Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten; Besetzung des Aufsichtsrates der OVAG

- entfällt; TOP wurde unter TOP 1.1.1 zurückgezogen -

1.4.5 Wahlen zu den Ausschüssen; Vertreter der evangelischen Kirche im Ausschuss für Schule und Soziales

Vorlage: V/2010/586

Beschluss:

Als sachkundiger Einwohner im Sinne des § 58 Abs. 3 GO NRW wird Herr Schulpfarrer Karsten Brücker, wohnhaft Bergstraße 2, in den Ausschuss für Schule und Soziales gewählt, der dem Ausschuss zugleich als Vertreter der evangelischen Kirche gemäß § 85 Schulgesetz angehört bzw. als solcher benannt worden ist.

Zur persönlichen Stellvertreterin als sachkundige Einwohnerin wird Frau Schulpfarrerin Gabriele Ruffler, wohnhaft Klaswipper 37, gewählt, die Herrn Brücker ebenfalls als Vertreterin der evangelischen Kirche im Sinne des § 85 Schulgesetz vertritt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.5 Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen

1.5.1 Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2010 mit Haushaltsplan und Anlagen

Vorlage: V/2010/577

Beschluss:

1. Über die schriftlich eingereichten Änderungsanträge der Ratsfraktionen zum Haushaltsentwurf 2010 wird wie folgt beschlossen:

- a) Die Haushaltsmittel für die Investitionsmaßnahme **Böschungssanierung Siegburger-Tor-Straße** mit der Projektnummer 5100025 unter PG 11201 in Höhe von 112.700 € werden gesperrt. Der Bauausschuss soll diese Summe nach der diesjährigen Wegebereisung für den Ausbau / die Instandsetzung einer Straße der Prioritätenliste verwenden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- b) Die zum Haushalt 2009 geforderte Maßnahme, dass alle geplanten **Investitionsmaßnahmen** vor der Vergabe **durch den Haupt- und Finanzausschuss** freigegeben werden müssen, soll auch für den Haushalt 2010 gelten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- c) Entsprechend der Anfrage der Schulleiter vom 01.12.2009 wird die Verwaltung beauftragt, die Reduzierung der **Haushaltsansätze im Bereich Schulen** zu prüfen und bei den pflichtigen Positionen die Reduzierung der Ansätze aufzuheben. Gegebenenfalls ist die Maßnahme in 2010 abzusetzen und in späteren Jahren neu zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- d) Die Haushaltsmittel für die Investitionsmaßnahme **Um- und Ausbau der Grundschule Wipperfeld** mit der Projektnummer 5100162 in Höhe von 200.000 € werden zugunsten einer Beratung und anschließenden Entscheidung des Bauausschusses über die weitere Vorgehensweise gesperrt. Gegebenenfalls ist die Maßnahme in 2010 abzusetzen und in späteren Jahren neu zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- e) Die Haushaltsmittel für die Investitionsmaßnahme **Wasserleitung Marktplatz - Hausmannsplatz** mit der Projektnummer 5100159 in Höhe von 25.000 € werden zugunsten einer Beratung und anschließenden Entscheidung des Bauausschusses über die weitere Vorgehensweise gesperrt. Gegebenenfalls ist die Maßnahme in 2010 abzusetzen und in späteren Jahren neu zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 5 Stimmenthaltungen

- f) Die Haushaltsmittel für die Investitionsmaßnahme **Aus- und Umbau Klosterberg** mit der Projektnummer 5100158 in Höhe von 140.000 € werden zugunsten einer Beratung und anschließenden Entscheidung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt über die weitere Vorgehensweise gesperrt. Gegebenenfalls ist die Maßnahme in 2010 abzusetzen und in späteren Jahren neu zu veranschlagen. Der Förderantrag soll natürlich nicht zurückgezogen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- g) Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Kreis und den Städten Radevormwald, Gummersbach und Wiehl erneut in Gespräche zu treten und die Initiative zu ergreifen für eine **kreisweite Vereinheitlichung von (Eltern-)Gebühren für Kinder-(tages)Einrichtungen**. Über das Ergebnis der Gespräche ist im Haupt- und Finanzausschuss und im Jugendhilfeausschuss zu berichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- h) Die Verwaltung wird beauftragt, im Herbst 2010 den Rat / Haupt- und Finanzausschuss über den **Stand der Mittelverwendung aus dem Konjunkturpaket II** zu unterrichten und eventuell eine Anpassung der bestehenden Beschlüsse an die aktuelle Lage zu ermöglichen. Der **Vorrang für den Ausbau der Breitbandverkabelung** in der Fläche bleibt bestehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- i) Der **Verdreckung der Innenstadt** ist weiter entgegen zu wirken. Die Verwaltung wird beauftragt, einen aktuellen Sachstandsbericht der (regelmäßigen und punktuellen) Reinigungsarbeiten des Bauhofes und Dritter im Bauausschuss zu geben.
In Folge ist darüber zu entscheiden, ob die Maßnahmen hinreichend oder ergänzende Initiativen erforderlich sind, die eventuell auch eine Überarbeitung der Gebührensatzung erforderlich machen würde.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- j) Für 2013 ist die **Erneuerung der Kunststofflaufbahn** vorgesehen. Die Verwaltung wird beauftragt, im Herbst 2010 im Ausschuss für Sport, Freizeit und Kultur einen Sachstandsbericht zum Thema zu geben (Investitionsbedarf neue Kunststofflaufbahn, Sanierungsaufwand etc.).

Ebenfalls ist zu überlegen und sind gegebenenfalls Gespräche zu führen über das Für und Wider - auch unter Kostengesichtspunkten - der **Übertragung des Stadions Mühlberg** in die Zuständigkeit Dritter, z.B. des Stadtsporverbandes.

Die Verwaltung erarbeitet für die Ausschussberatung hierzu eine Vorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- k) Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat (Bauausschuss / Haupt- und Finanzausschuss) rechtzeitig vor der Einbringung des Haushalts 2011 eine Liste vorzulegen über die erforderlichen **Sanierungsmaßnahmen an städtischen Gebäuden** (z.B. Fenster, Türen, Toilettenanlagen etc.) in den nächsten 5 Jahren (Zeitraum 2011 – 2015). Gegebenenfalls ist das Energiekonzept der Stadt dabei ebenfalls zu aktualisieren.

Zu erfassen sind die Maßnahmen mit Kostenschätzung nach den Aspekten

- a) Energetische Erneuerungsmaßnahmen / Energieeffizienz,
- b) Renovierungsbedarf wegen Verschleiß,
- c) Modernisierungsmaßnahmen

Es erfolgt eine Differenzierung nach Finanzierungsarten

- a) aus Rückstellungen und
- b) Investivmaßnahmen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- l) Aufgrund eines einzurichtenden Controllings zur **Regionale 2010** wird dem Rat die Möglichkeit gegeben, sich jederzeit über die aktuelle Kostenentwicklung zu informieren. Dazu erfolgt ein **regelmäßiger Controllingbericht** im Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- m) Für die **Kinder-, Jugend- und Familienhilfe** bleibt bei begründetem Bedarf eine **Abweichung von der allgemeinen Haushaltssperre** des Kämmerers möglich. Die Grundsätze einer sparsamen Haushaltsführung sind generell einzuhalten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- n) Die Verwaltung wird beauftragt, zwei Stellen im Produktbereich 1.15 mit den im Antrag beschriebenen Aufgaben durch **Umschichtung vorhandener Teilstellen** einzurichten:

- 1. Teilzeitstelle Tourismus-Beauftragte(r) (0,65 Stellenanteile)
- 2. Teilzeit-Stelle Fördermittelbeauftragte(r) (0,33 Stellenanteile)

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 5 Stimmenthaltungen

2. Den vom Unterausschuss Personal am 26.01.2010 empfohlenen Änderungen des Stellenplanes 2010 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. Der von der Verwaltung in der Sitzung des Rates am 15. Dezember 2009 eingebrachte Entwurf der Haushaltssatzung 2010 mit dem dazu gehörenden Haushaltsplan und seinen Anlagen wird unter Berücksichtigung der Teilbeschlüsse zu 1. und 2. einschließlich der seit Einbringung bis heute eingetretenen Änderungen des Ergebnis- und Finanzplans laut beiliegendem Veränderungsnachweis *) beschlossen.

*) siehe Anlage VI zur Beschlussvorlage

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ergänzende Erläuterungen:

- Zu 1.a) entsprechend dem Antrag der CDU-Fraktion; über einen Antrag der SPD-Fraktion in gleicher Angelegenheit entfällt eine Abstimmung.
- Zu 1.b) entsprechend dem Antrag der CDU-Fraktion; gemeint sind nach mündlicher Auskunft des Rats Herrn Scherkenbach Maßnahmen oberhalb einer Investitionssumme von 150.000 €.
- Zu 1.c) entsprechend dem Antrag der SPD-Fraktion; über einen Antrag der CDU-Fraktion in gleicher Angelegenheit entfällt eine Abstimmung.
- Zu 1.d) entsprechend dem Antrag der SPD-Fraktion; über einen Antrag der UWG-Fraktion in gleicher Angelegenheit entfällt eine Abstimmung. Es besteht Einvernehmen darüber, dass die Beratung im Bauausschuss auch die Dinge umfasst, die im Antrag der UWG-Fraktion benannt sind.
- Zu 1.e) in Anlehnung an den Antrag der SPD-Fraktion; der weiter gehende Antrag der UWG-Fraktion in gleicher Angelegenheit wird vor der Abstimmung über den SPD-Antrag bei 5 Stimmen dafür und 3 Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.
Der Sperrvermerk erfolgt zugunsten des Bauausschusses, weil nach einem Hinweis des StBD Barthel hier weniger eine gestalterische Entscheidung getroffen wird als vielmehr eine abwassertechnische Frage zu lösen ist; Verringerung der Fremdwassereinleitung in die städtische Kanalisation (Vorbildfunktion).
- Zu 1.f) entsprechend dem Antrag der SPD-Fraktion.
- Zu 1.g) entsprechend dem Antrag der SPD-Fraktion.
- Zu 1.h) entsprechend dem Antrag der SPD-Fraktion.
- Zu 1.i) entsprechend dem Antrag der SPD-Fraktion.
- Zu 1.j) entsprechend dem Antrag der SPD-Fraktion.
- Zu 1.k) entsprechend dem Antrag der SPD-Fraktion: es besteht Einvernehmen darüber, dass gemäß einem Vorschlag des Rats Herrn Scherkenbach die bereits bestehende Liste anlässlich der Mittelverwendung aus dem Konjunkturpaket II entsprechend aktualisiert werden bzw. Basis sein kann.

Zu 1.l) in Anlehnung an einen Antrag der UWG-Fraktion; beantragt war ursprünglich eine quartalsmäßige Vorstellung der Zwischenergebnisse im HFA.

Zu 1.m) entsprechend dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

Zuvor zieht die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ihren Antrag Nr. 1 bezüglich der verursachergerechten Zurechnung der Energieaufwendungen auf die Fachbereiche bzw. Budgets zurück, nachdem die Verwaltung mitteilt, dass es zukünftig für jedes Gebäude einen separaten Energiebericht der Zentralen Immobilienwirtschaft geben wird, aus dem entsprechende (energetische) Schlüsse gezogen werden können.

Zu 1.n) entsprechend einem Antrag der FDP, der hier nicht mehr in Gänze zitiert wird.

Die UWG-Fraktion kündigt an, aus verfahrenstechnischen Gründen nicht zustimmen zu können, weil in der Sitzung des Unterausschusses „Personal“ von der Verwaltung eine Prüfung zugesagt wurde, deren Ergebnisse bisher noch nicht vorgelegt worden seien. Auf die Ausführungen zur späteren Berichterstattung in nichtöffentlicher Sitzung (siehe TOP 2.8.1) wird an dieser Stelle verwiesen.

Der Antrag Nr. 3 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, wonach die Öffentlichkeit zeitnah (vor den Sommerferien) über (eine) Einwohnerversammlung(en) über die grundlegenden Entwicklungen und Ursachen der Haushaltslage informiert wird, wird nach der Abstimmung über die Beschlussfassung zu 1.m) bei 8 Stimmen für den Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu 2.: Die Beschlussempfehlung des Unterausschusses „Personal“ des Haupt- und Finanzausschusses vom 26.01.2010 lautete wie folgt:

„Dem Entwurf des Stellenplanes 2010, der dem Haushaltsentwurf 2010 als Anlage beigefügt ist, wird zugestimmt.

Die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle im Jugendamt zur aufsuchenden mobilen Jugendarbeit / Streetwork in Wipperfürth, die im Haushaltsentwurf noch nicht enthalten ist, wird beschlossen.“

Vor den Abstimmungen informiert Stadtkämmerer **Trompetter** darüber, dass es keine Einwendungen zum Haushaltsentwurf gegeben hat. Es schließen sich die Haushaltsreden der fünf Fraktionsvorsitzenden an, deren Manuskripte nachfolgend abgedruckt sind. Es gilt jeweils das gesprochene Wort.

Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden F. Scherkenbach (CDU)	Anlage 1,
Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden F. Mederlet (SPD)	Anlage 2,
Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden H. Koppelberg (UWG)	Anlage 3,
Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden A. Schmitz (GRÜNE)	Anlage 4,
Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden J. Schnepper (FDP)	Anlage 5.

Rede zur Verabschiedung des Haushalts 2010

CDU-Fraktion

Friedhelm Scherkenbach

Wipperfürth, den 09.03.2010

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,

im Regelfall wird der Haushalt immer zum Ende eines Jahres eingebracht und die Haushaltsreden der Fraktionen werden in der letzten Ratssitzung eines Kalenderjahres gehalten.

Für das Jahr 2010 ist diese Regel zunächst einmal gebrochen. So wird, sicherlich auch durch den Wechsel im Bürgermeisteramt nicht anders möglich, die Rede zum diesjährigen Haushalt erst zum Anfang des Frühjahres gehalten.

In meiner ersten Haushaltsrede als Fraktionsvorsitzender der CDU möchte ich zunächst einmal kurz auf das vergangene Jahr 2009 eingehen. Wie schon in unserer letztjährigen Haushaltsrede befürchtet, ist das Jahr 2009 für die Stadt Wipperfürth finanziell noch schlechter zu Ende gegangen, als man es prognostizierte. Mit einem derartigen Einbruch der Gewerbesteureinnahmen in Höhe von fast **12 Mio. Euro** gegenüber dem Haushalt 2008 hat niemand- und konnte auch niemand- rechnen. Man muss hierzu feststellen, dass dieser Rückgang nicht durch eigenes Verschulden seitens der Stadt Wipperfürth herbeigeführt wurde, sondern ein reines Konjunkturproblem darstellt.

Die hierdurch entstandene Haushaltssituation wird uns daher zu einem Sparkurs zwingen, den wir auch verfolgen müssen. Wir sollten allerdings nicht den Kopf in den Sand stecken und den Sparkurs so fahren wie es einige umliegende Kommunen zur Zeit machen, in dem man sich aus bereits vorgenommenen Investitionen zurückzieht.

An einigen großen Investitionsmaßnahmen, die wir bereits beschlossen haben, möchte ich dieses verdeutlichen.

Begonnen wurde bereits mit der Sanierungsmaßnahme am WLS – Bad.

Eine Investition von ca. **3,5 Mio. Euro**. Es war seiner Zeit der gemeinsame Wunsch des Rates das Bad zu erhalten und auf den neuesten Stand zu bringen.

Natürlich haben wir hier die Möglichkeit über den einen oder anderen Standard nachzudenken, es sollte nur sichergestellt sein **dass wir das vorgegebene Budget nicht überschreiten**, wie es leider in der Vergangenheit bei anderen Maßnahmen öfters der Fall war. Wie jedoch dem Unterausschuss WLS-Bad in seiner Sitzung am letzten Dienstag und auch vorhin mit der Erläuterung zur Außensauna nochmals dokumentiert wurde, liegen die Planungen absolut im Kostenrahmen und wir können

uns im Spätsommer/ Herbst auf die Wiedereröffnung unseres Hallenbades freuen und hoffen dass das neu sanierte Bad von den Bürgerinnen und Bürgern auch angenommen wird. Durch die Reduzierung der Folgekosten und der **geforderten Verringerung der jährlichen Defizite** werden wir feststellen dass die Entscheidung zur Sanierung des WLS Bades richtig war, und den Haushalt in Zukunft auch entlasten wird.

Eine der sicherlich größten Investitionen, mit einem städt. Eigenanteil von ca. **1,2 Mio. Euro**, ist das Projekt Ohler Wiesen welches ebenfalls schon sehr weit fortgeschritten ist. Auch hier sollten wir an den geplanten Mitteln festhalten, denn im Moment der Bautätigkeiten Mittel einzusparen erscheint mir nicht nur sehr schwierig, sondern wäre auch das falsche Zeichen. Das gesamte Projekt stärkt unsere Region und festigt sie.

Hierfür und auch für die weiteren Maßnahmen des Wasserquintetts konnten wir im vergangenen Jahr die Fördermittel aus den Händen unseres Regierungspräsidenten erhalten.

Wie im letzten Stadtentwicklungsausschuss am 24.02.2010 zu hören war, wird die Stadt Wipperfürth im Rahmen der Regionale 2010 in den verschiedensten Varianten beworben. Es werden in den nächsten 16 Monaten ca. 80 Veranstaltungen durch die Regionale in unserer Stadt, aber auch auf dem Gebiet des Wasserquintetts stattfinden, die eine Vielzahl von Besuchern in unsere Region führt. Als Stadt Wipperfürth können wir hiervon nur profitieren, **aber man muss hier sicherlich auch aktiv werden.**

Das Gastronomie- und Hotelgewerbe, sowie auch der ESW, müssen hier gemeinsam mit der Verwaltung für unsere schöne Stadt und ihr Erleben, in die Zukunft investieren und werben.

Als Politik haben wir mit dem Herrichten des Sport- und Freizeitparks Ohler Wiesen, sowie dem Umbau der Bahntrasse in einen Rad und Fußgehweg das mögliche getan. Jetzt muss man erwarten können, dass für die möglichen Touristen auch ein breites Angebot aufgestellt wird.

Unterstützend sollte hier die Tourismusbeauftragte der Stadt Wipperfürth wirken, deren bisheriger Aufgabenbereich neu definiert werden muss wie es bereits im Unterausschuss Personal am 26.1.2010 gefordert wurde.

Ebenfalls im letzten Jahr schon begonnen sind die Umsetzungen des **Konjunkturpaketes**.

Mit der frühzeitigen Entscheidung für die energetischen Maßnahmen an der Haupt- und Realschule, sowie am E.v.B. Gymnasium haben wir die richtige Entscheidung getroffen.

Die Maßnahmen wurden bereits in weiten Teilen umgesetzt und werden in diesem Jahr fertig gestellt.

Mit den erhofften Reduzierungen der Energiekosten tragen wir einen Beitrag zur Entlastung des Haushaltes bei.

Hierbei wurde aber auch im Vorfeld sehr deutlich, welch großen Investitionsstau wir an den Wipperfürther Schulen haben. Wir sollten darauf achten, dass in den kommenden Jahren dringliche Reparaturen durchgeführt werden müssen und die bauliche Substanz erhalten werden muss.

Obwohl kontinuierlich daran gearbeitet wird, muss man leider immer noch erkennen, dass die Sanitärräume an manchen Schulen, aber auch das Inventar der Klassenzimmer und der Lehrerzimmer ziemlich am untersten Level sind.

Auch hier ist ein dringender Nachholbedarf, den wir nicht außer Acht lassen sollten.

Ein Riesenlob möchte ich an dieser Stelle den jeweiligen Fördervereinen, sowie Elternpflegschaften der einzelnen Schulen aussprechen. Es ist eine segensreiche Arbeit die Sie für Ihre Schulen und für unsere Kinder leisten. Es gibt sehr viele kleine Arbeiten und Reparaturen, wie auch Renovierungen der Klassenräume, die Sie ehrenamtlich getätigt haben.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch kurz auf die an gedachte Schuldependance des E.v.B.-Gymansiums mit Hückeswagen zu sprechen kommen.

Mit dem Schreiben vom 10.02.2010 an den Bürgermeister der Stadt Hückeswagen hat die Stadt Wipperfürth diesem Gedanken eine klare Absage erteilt. Sie hat nochmals darauf hingewiesen, dass eine gute Ausbildungsqualität spürbar höher zu bewerten sei als eine wohnortnahe Beschulung, verbunden mit erheblichen Angebotseinbußen.

Wir stehen hinter dieser Entscheidung, denn es darf nicht zu einem Qualitätsverlust in der Bildung unserer Schüler und Schülerinnen kommen, auch wenn es im ersten Moment sehr schön anzuhören ist, wenn Schüler im eigenen Wohnort zur Schule gehen können.

Von den Kosten und Folgekosten, die auf unseren Haushalt zugekommen wären, ganz abzusehen.

Ein ganz wichtiger Punkt im Konjunkturpaket ist nach wie vor die Breitbandversorgung mit DSL.

Bereits im letzten Haupt- und Finanzausschuss hatten wir darauf hingewiesen, alles Mögliche zu tun um diese Versorgung für Wipperfürth umzusetzen.

Ich möchte nochmals darauf aufmerksam machen, dass es unumgänglich ist, die dörflichen Bereiche mit DSL zu versorgen.

Nicht nur die Landwirte und Kleinbetriebe im ländlichen Bereich benötigen dringend DSL, auch die Schüler und Schülerinnen, sowie Studenten sind auf das Internet angewiesen. Facharbeiten und Schulaufgaben werden heutzutage bereits über Internet von den Schulen und Universitäten verlangt.

Ich erwarte von der Verwaltung, und vor allem von Ihnen Herr Bürgermeister, hier alles zu unternehmen, dass diese Versorgung auch gewährleistet wird, wie Sie es uns im Ausschuss auch zugesagt hatten.

Wenn wir in die Bildung unserer Kinder investieren wollen, dann haben wir auch die Pflicht die Grundlagen für diese Bildung zu schaffen. Und hier sehen Sie an unserem Antrag zum Schreiben der Schulleiter vom 01.12.2009 dass die Bildung nicht unter der Kürzung des Budgets leiden darf. Dass bei allen Bereichen in unserer Finanzsituation gespart werden muss, steht glaube ich außer Frage. Allerdings sollten wir die pflichtigen Aufgaben wie Lernmittel und Bildung aus dieser Kürzung herausnehmen.

Ich komme nun zu einigen größeren Maßnahmen, die wir in diesem Jahr beginnen werden, bzw. auf den Weg gebracht werden. Auch an diesen Beispielen möchte ich verdeutlichen, warum wir diese nach dem Motto „Entwicklung trotz Konsolidierung“ weiter verfolgen sollten.

Die **Zusammenlegung der Bauhöfe Wipperfürth und Hückeswagen** ist im Rahmen von Shared Service sicher eines der dicksten Brocken.

Laut Decker Consult ergeben sich hierbei Einsparungen von jährlich rund 400.000,-- Euro für beide Kommunen. Ob dies gelingt bleibt sicher erst einmal abzuwarten.

Selbst geringere Einsparungen wären bereits mehr als der Status Quo.

Die größten Einsparpotenziale sieht man zunächst immer im Personal und in dem Fuhrpark.

Diese Potenziale werden aber nicht nur in den Kommunen, sondern bei jeder Fusion in Handel und Industrie zu aller erst in Augenschein genommen.

Wichtig hierbei ist aber die Aussage beider Kommunen, dass kein Mitarbeiter seinen Arbeitsplatz verliert. Personalabbau soll nur durch das Ausscheiden von Mitarbeitern betrieben werden.

In vielen Gesprächen mit den zuständigen Personen beider Städte wurden die Varianten der möglichen Zusammenarbeit besprochen. Ging man bis zum August 2009 noch von **einem** möglichen Standort aus, so kam mit dem Angebot der DB Immobilien aus dem September 2009 ein ganz neuer Blickwinkel in die Betrachtung. Ein neuer Bauhof, der individuell nach den Belangen einer solchen Einrichtung erstellt werden kann, war bis dato nicht möglich. Für welchen Standort man sich dann letztendlich entscheidet, hängt natürlich auch von den Summen ab, welche die jeweiligen Varianten der Stadt kosten werden.

Wichtig hierbei ist aber nicht nur die Summe der Investitionen in den neuen Bauhof, sondern auch die Beteiligung der Stadt Hückeswagen spielt hier eine sehr große Rolle. Diese muss sich, in welcher Form auch immer, an den Maßnahmen beteiligen und sich auf Dauer auch dem neuen Bauhof verpflichten.

An dieser Stelle möchte ich die Gelegenheit nutzen, den Mitarbeitern des Wipperfürther Bauhofes ein großes Lob und vor allem ein großes Dankeschön auszusprechen.

Der sehr lange und harte Winter hat die Mitarbeiter stark gefordert und alle haben dafür gesorgt, dass die Straßen frei und befahrbar waren. Es kam meines Wissens zu keinen größeren Unfällen und Behinderungen, was zeigt, dass der Bauhof ganze Arbeit geleistet hat. Dieser Winter hat auch gezeigt, wie wichtig es ist einen funktionierenden Bauhof zu haben.

Herr Bürgermeister, richten Sie bitte den Dank von uns allen, ich denke auch von allen Bürgerinnen und Bürgern an Ihre Mitarbeiter des Bauhofes aus.

Ein weiterer Punkt für das kommende Jahr und auch für die nächsten Jahre ist ein vernünftiges **Verkehrskonzept** für unsere Innenstadt.

Im Stadtentwicklungsausschuss am 24.02.2010 hat Herr Mesenholl nochmals einige Möglichkeiten vorgestellt.

Die erste Erkenntnis war, dass es kein Problem des parkenden Verkehrs gibt, sondern es ein reines Problem des fließenden Verkehrs ist.

Hieran muss gearbeitet werden. Es kann sicherlich nicht sein, dass in der Innenstadt fast der doppelte Verkehr fließt, wie auf der Nordtangente.

Damit wir den Verkehr auf die Nordtangente und der geplanten Verlängerung, die noch in diesem Jahr beginnen soll, zu bekommen brauchen wir ein vernünftiges Konzept. Um hierfür Fördermittel beantragen zu können, sollte ein solches Konzept aber nicht in kleinen Teillösungen erarbeitet werden, sondern es sollte nach Aussage des Verkehrsministers von NRW Lutz Lienenkämper aus dem August 2009 ein ganzheitliches Konzept erstellt werden. Hierzu hört nach der Auffassung der CDU auch der Umbau des Busbahnhofes am Surgères Platz, sowie die Gestaltung des Marktplatzes und natürlich der Innenstadt. Gerade im Hinblick auf die energetischen Veränderungen die in den nächsten Jahren auf die Bürgerschaft zukommen werden, sollte man frühzeitig die Haus- und Grundbesitzer der Innenstadt informieren und aufzeigen welche Möglichkeiten sich bieten. Man sollte Ihnen jegliche Unterstützung anbieten um sie auf diesem Weg mitzunehmen und nicht nur vor vollendete Tatsachen stellen.

In diesem Innenstadtkonzept sehen wir ebenso die Umsetzung des Klosterbergs. Wie Dr. Molitor im Stadtentwicklungsausschuss vortrug, sind hierfür im Rahmen der Regionale Fördermittel in nicht zu unterschätzender Höhe zu bekommen. Diese sicherlich letzte Möglichkeit für die nächsten Jahre, den Klosterberg an die Innenstadt anzubinden, sollten wir nutzen.

Wenn wir den Ausführungen von Dr. Molitor Glauben schenken, dann werden wir die Auswirkungen der Regionale 2010 in den nächsten Jahren insofern erleben, dass durch gezielte Werbung im gesamten Regierungsbezirk, eine Vielzahl von Touristen unsere Stadt besuchen wird. Den Besuchern sollten und müssen wir eine attraktive und erlebnisreiche Innenstadt anbieten.

Wir fordern daher die Verwaltung auf, sich mit diesem Problem auseinander zu setzen und ein umfangreiches Innenstadt- und Verkehrskonzept zu erarbeiten. Nach Rücksprache mit der Bauverwaltung steht der Bedarf des Surgères Platz bereits auf der Liste des Straßenbaulastträgers NRW, nur wir müssen dann auch vorbereitet sein um die Maßnahmen umsetzen zu können.

Hierbei sollte man auch die unmöglichen Ampelschaltungen an den Einfallpunkten unserer Stadtgrenzen nicht außer Acht lassen. Eine vernünftige Schaltung der Ampeln könnte eine Vielzahl der Verkehrsteilnehmer auf die Nordtangente führen, dieses Gefühl hat man zurzeit eher nicht.

Ebenso sollte man, in Absprache mit dem ESW und den Geschäftsleuten, über eine Verkehrsberuhigung für die Innenstadt nachdenken und keine Vollsperrung planen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass eine reine Fußgängerzone von der Mehrheit unserer Bevölkerung sowie des Einzelhandels für unsere Innenstadt gewollt ist.

Eine ganz wichtige Aufgabe für das laufende Jahr muss die Erschließung des **Gewerbegebietes Klingsiepen III** sein.

Die Grundstücke im Gewerbegebiet Klingsiepen II sind zu einem Großteil veräußert und wir müssen uns als Stadt bereit halten, für neue Gewerbetreibende, die sich in Wipperfürth niederlassen wollen. Wie schon zu Anfang meiner Rede beschrieben, sind die Gewerbesteuern die wichtigste Säule unserer Einnahmen. Daher müssen wir Grundstücke zur Verfügung haben, wenn es der Wirtschaft wieder besser geht. Ich bin sehr zuversichtlich dass es in den nächsten Jahren wieder aufwärts geht und wir wieder mit steigenden Einnahmen rechnen können. Aber wenn der Tag X da ist, und wir keine passenden Grundstücke zur Verfügung stellen können, dann werden die Gewerbetreibenden sich Grundstücke bei den umliegenden Kommunen suchen – und auch finden.

Ebenfalls sollten wir weiter an der **Entwicklung von Wohngebieten** arbeiten. Es ist meiner Meinung nach sehr wichtig, den jungen Generationen zu signalisieren, dass es Wohngebiete in Wipperfürth gibt, die für Sie finanzierbar sind. Dieses hat unser Bodenmanagement in den letzten Jahren bewiesen. Aber nach dem Motto Stillstand ist Rückschritt sollten wir uns nicht auf dem Erreichten ausruhen, sondern daran arbeiten, junge Leute und Familien nach Wipperfürth zu holen.

Ebenso haben wir mit den Kriterien für Außenbereichssatzungen dokumentiert, dass es auch hier Möglichkeiten der Erweiterungen und Errichtungen von Wohnfläche gibt. Auch in diesen Bereichen haben wir die Pflicht, Entwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Ein enormes Problem werden wir in den nächsten Jahren mit den Instandhaltungen der Gemeindestraßen, sowie der Siedlungsstraßen in Wipperfürth bekommen.

Die jährliche Wegebereisung des Bauausschusses hat bereits heute eine Prioritätenliste erstellt die für neu aufkommende Schäden bis zum Jahr 2014 kaum noch Spielraum bietet.

Daher haben wir für den diesjährigen Haushalt den Antrag gestellt, die geplante Investition der **Böschungssanierung Siegburger Tor Str. im Wert von 112.700,-- Euro** zu sperren, um mit diesem Betrag dem Bauausschuss die Möglichkeit zu geben eine weitere Generalinstandsetzung oder eine Deckenerneuerung der Gemeindestraßen durchzuführen. Gerade nach einem solch langen und strengen Winter werden sich hierfür genügend Möglichkeiten bieten.

In der heutigen Ratsvorlage wird die Anfrage nach Fördermöglichkeiten durch das Land für Instandsetzungen im kommunalen Straßenbereich insofern beantwortet, dass diese nicht bekannt sind. Der zuständige Fachbereich sollte jedoch weiterhin dieser Möglichkeit nachgehen um dann ggfls. die Zuschüsse zu beantragen.

Neben der Forderung auf Prüfung aller geplanten Investitionsmaßnahmen durch den HFA und dem Antrag bzgl. der pflichtigen Aufgaben im Schulbereich, ist dieser Antrag übrigens der einzige, den die CDU Fraktion zu einer bestimmten Hauhaltsposition stellt. Hieran kann man erkennen, dass der Haushalt keinerlei Spielraum hergibt, um spektakuläre Änderungsanträge zu stellen.

Das trotz der angespannten Finanzsituation noch die Möglichkeit geschaffen werden konnte, den Kirchdörfern Kreuzberg und Agathaberg beim Bau von **Kunstrasenplätzen** finanziell unter die Arme zu greifen ist sicher auch ein sehr gutes Zeichen an alle Vereine, die sich ehrenamtlich engagieren. Ohne das Ehrenamtliche Engagement wäre eine solch intensive Jugendarbeit, welche von allen Vereinen und Institutionen geleistet wird, überhaupt nicht möglich. Mit der Jugendarbeit in den Vereinen, wird den Jugendlichen eine Möglichkeit geboten, zu wissen wohin sie gehört. Deshalb ist es sehr wichtig ehrenamtliche Tätigkeit zu unterstützen.

Die Forderung des Jugendamtes und des Jugendhilfeausschusses nach einem **Streetworker** kann eine solche Unterstützung sein. Deshalb ist es nicht nur richtig, sondern auch ganz wichtig diese Stelle in unserer Stadt zu besetzen um auf die Jugendlichen zuzugehen und ihnen, wenn es gewollt wird, auch zu helfen.

Ich könnte sicher noch sehr viele Themen anschneiden, die uns bewegen und auch in Zukunft beschäftigen werden.

Frei nach dem Motto „schlechte Zeiten – gute Neuigkeiten, wir wollen Zukunft“ wie es Dr. Molitor in seinem Vortrag nannte, sollten wir alle gemeinsam versuchen, die Stadt Wipperfürth trotz der schlechten Finanzsituation für die Zukunft aufzustellen. Keiner von uns weiß, wie und wann es aufwärts geht mit der Konjunktur, jedoch sollten wir bei einem erkennbaren Aufschwung gut gerüstet sein.

Wir alle wollen das Beste für unsere Stadt und hieran wird sich auch mit der neuen Zusammensetzung des Rates nichts ändern. Wir jedenfalls, bieten Ihnen, Herr Bürgermeister und auch den Fraktionen hier im Rat diese Zusammenarbeit an. Wir werden auch in Zukunft nicht immer einer Meinung sein, jedoch sollten wir versuchen nicht nur gemeinschaftlich, sondern auch mehrheitlich die Probleme zu lösen und ich denke wir sind auf einem guten Weg und den sollten wir auch gehen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Rede zur Verabschiedung des Haushalts 2010

SPD-Fraktion

Frank Mederlet

[Es gilt das gesprochene Wort]

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Verehrte Kolleginnen und Kollegen,
Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Das prognostizierte Jahresdefizit von 14 Millionen Euro zählt nicht gerade zu den besten Jahren unserer Stadt, aber wir wissen auch, dass die Stadt historisch betrachtet im wahrsten Sinne des Wortes schon „abgebrannter“ war und die Bürgerinnen und Bürger unsere Stadt nicht im Stich gelassen haben und sich Vieles zum Guten entwickelt hat.

Auch deshalb lassen Sie mich zunächst dem Kämmerer und seinem Team recht herzlich für die gute Zusammenarbeit und die verlässlichen Hilfen im Zusammenhang mit der Haushaltsberatung danken.

Sehr geehrter Herr Trompetter, der erste von Ihnen mit zu verantwortende Haushalt und so gleich spricht der Bürgermeister von einem „Orkan der über die Wipperfürther Finanzen hinüber zieht und es guter Seemänner bedarf“ und ich will den Bürgermeister ergänzen, auch „versierter Frauen“, um nicht vom Kurs abzukommen. Herr Trompetter ist nicht von Bord gegangen. Das ist gut, denn ihr Einsatz, ihr Sachverstand und ihre Offenheit sowie die breite Informationspolitik sind Tugenden, die wir auch brauchen, um Problemlösungen auf den Weg zu bringen.. Herr Trompetter, gut, dass sie hier sind. Sie werden gebraucht.

Es liegt ja nicht in der Verantwortung der Stadt Wipperfürth, dass das Land NRW, der Bund, aber auch der Oberbergische Kreis, Politik auf Kosten der Städte und Gemeinden machen. Immer wieder werden Aufgaben auf die Kommune verlagert, ohne für eine faire finanzielle Kompensation zu sorgen. Wir haben nicht über unsere Verhältnisse gelebt. Wir haben kein Ausgabe-, sondern ein Einnahmeproblem. Die kommunalen Kassen wurden von Land und Bund geplündert.

Kommune ist nicht das Untergeschoss der Demokratie. Die Gemeinde, die Stadt ist das Fundament unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Hier ist der Ort, wo Schreibtischentscheidungen auf die Wirklichkeit treffen. Hier spielt das reale Leben, wo Kürzungen ganz hautnah erfahrbar werden; zB Folgen von Arbeitslosigkeit, schlechte Bildungschancen, fehlende Betreuungsangebote oder ein Mangel an Ausbildungsplätzen usw.

Ein langes Lamento auf die gemeindefeindliche Politik von Schwarz/Gelb, die den Kommunen in den letzten Jahren allein in NRW über 3 Mrd. Euro vorenthalten haben, hilft heute nicht weiter. Die konkreten Auswirkungen aber bekommen die Bürgerinnen und Bürger sehr wohl mit. Letztlich ist jeder von uns aufgefordert an seinem Platz, in seiner Partei darauf hin zuwirken, dass eine Reform der Finanzbeziehungen gelingt, die Rahmenbedingungen schafft, die die Kommunen in die Lage versetzt den Anforderungen eines bürgernahen Dienstleisters vor Ort gerecht zu werden. Die „Privat vor Staat Ideologie“ hat sich dabei als verheerend und untaugliches Instrument erwiesen.

Schwerpunkte der SPD in der Wipperfürther Kommunalpolitik

Ich will nun einige Themen ansprechen, die aus Sicht der SPD-Fraktion zu den Schwerpunkten Wipperfürther Kommunalpolitik gehören.

Natürlich geht es auch darum Wipperfürth und seine Dörfer weiter zu entwickeln. Insbesondere der Ausbau der Breitbandverkabelung in den dörflichen Bereichen steht dabei ganz oben auf der Agenda. Dies ist umso wichtiger, weil damit ja auch der Erhalt von Infrastrukturen wie Kindergarten und Schule einhergeht. Weil das Thema so wichtig ist, wollen wir, dass wir uns im Herbst diesen Jahres über den Stand der Ergebnisse der Bemühungen ein Bild machen.

Stadtentwicklung insgesamt ist uns nicht egal. Es ist eines der ganz wenigen kommunalen Selbstbestimmungs – und Gestaltungsinstrumente. Mit dem Flächennutzungsplan haben wir ein Instrument an der Hand, das klar aufzeigt, wo wir welche Entwicklung in Quantität und Qualität wollen.

Mit dem Grundsatzbeschluss für die Erarbeitung eines Integrierten Handlungskonzeptes für die Innenstadt haben wir uns darauf verständigt, endlich dafür zu sorgen unsere Stadt noch lebens- und lebenswerter zu machen. Die SPD hat schon vor Jahren zahlreiche Anregungen für die Diskussion gegeben –

Stichworte sind:

Leerstandsmanagement

Gestaltungssatzung

Saisonal den Marktplatz vom Parken frei halten

Verzicht auf Parkgebühren zu bestimmten Zeiten

Einkaufs- und Aufenthaltsqualität erhöhen

Unnötigen Durchgangsverkehr minimieren und vieles mehr

Wir wollen hierfür 180 000 Euro bis 2013 ausgeben. Das ist in Ordnung. Aber wir erwarten, dass dann auch endlich etwas passiert. Dass es dann auch konkrete Umsetzungsschritte gibt und wir uns nicht beim leisesten Widerstand vom Weg abbringen lassen. Wir müssen möglichst viele Akteure – Bürger, Anwohner, die Geschäftswelt und Rat und Verwaltung an einen Tisch holen. Aber nach intensiver Beratung müssen wir dann auch entscheiden und umsetzen. Es anders, aber eben auch besser machen als in der Vergangenheit. Das hat eben auch etwas mit Verlässlichkeit zu tun. (Hinweis Heusch/Bösefeldt Gutachten 1988)

Vor diesem Hintergrund regen wir an die Themen „Klosterberg“ und Wasserleitung Brunnen im Fachausschuss noch zu erläutern, weil dies möglicherweise auch mit Komplementärfinanzierungen, auch von Bürgern, zu tun hat.

Regionale 2010 und Wasserquintett haben den Blick über den Tellerrand geschärft und dafür gesorgt, dass die Infrastruktur in unserer Stadt sich deutlich verbessert. Hieran müssen wir anknüpfen und beherzt fortsetzen, was begonnen wurde. In den vergangenen Jahren habe ich immer wieder davon gesprochen, dass für die SPD ein wesentlicher Markenstein Wipperfürther Politik die Kinder- und Familienfreundlichkeit unserer Stadt sein muss.

Wir müssen hier unser Profil noch weiter schärfen. Wir müssen ein Wohlfühlklima für Familien Kinder und jugendliche schaffen. Nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung ist Aktives Handeln und die Bereitstellung entsprechender Investitionsmittel vorrangig, auch oder gerade in schwierigen Haushaltssituationen.

Wir sind stolz darauf ein eigenes Jugendamt zu haben. Ja, das kostet mehr Geld, aber Hier sind wir nah bei den Menschen; insbesondere bei denen , die der Hilfe bedürfen.

Wir begrüßen es außerordentlich, dass Streetworker eingesetzt werden und nun in 2010 endlich das Begrüßungspaket für Neugeborene auf den Weg gebracht wird.(Die SPD hatte das schon vor Jahren vorgeschlagen) Das ist gut angelegtes Geld, im Sinne von Prävention.

Im übrigen wollen wir die Verwaltung animieren einen neuen Vorstoß auf Kreisebene zu unternehmen zur Harmonisierung der Elternbeiträge. Es ist nicht hinnehmbar, dass es möglicherweise im Kreis bis zu fünf unterschiedliche Tarife gibt.

Schulen und Kindertageseinrichtungen in guter baulicher und pädagogischer Qualität sind Standortfaktoren, die es Menschen, Familien, leichter machen sich für Wipperfürth zu entscheiden. Dies ist wichtig auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels unserer Gesellschaft, der ja auch vor Wipperfürth nicht Halt macht. Die SPD bekennt sich zur Schulstadt Wipperfürth – Im Sinne von Qualität in der Ausbildung wollen wir den Standort stärken und sind offen für junge Menschen aus den Nachbarkommunen.

Natürlich wissen wir, dass wir zum Sparen gezwungen sind. Wir sind aber auch der Auffassung, dass wir möglichst nicht mit dem Rasenmäher herangehen sollten. Die SPD begrüßt es außerordentlich, dass wohl alle Fraktionen bereit sind dem Kämmerer den Rücken zu stärken und Schulen und Kindergärten von der generellen Haushaltssperre in Teilbereichen auszunehmen.

Es geht hierbei nicht um das gedankenlose verprassen von Geld, sondern um das Bekenntnis zu optimalst möglichen Rahmenbedingungen für unsere Kinder.

Unabhängig vom aktuellen Haushalt werde ich als Vorsitzender des Schulausschusses im Laufe des Jahres, rechtzeitig vor Einbringung des Haushaltes 2011, die Schulleitungen, die Verwaltung und Vertreter der Fraktionen zu einem Meinungsaustausch einladen. Hier kann ausgelotet werden, wo und ob es Einsparpotentiale gibt und wo möglicherweise dringender Handlungsbedarf besteht.

Auch hier gilt das Prinzip, dass es besser ist miteinander als übereinander zu Reden. Letztlich entscheiden müssen Rat und Verwaltung

Lokale Wirtschaftspolitik- Interkommunale Zusammenarbeit

Lassen sie mich ein anderes Thema ansprechen. Wir von der SPD freuen uns, dass die FDP sich das Thema „Lokale Wirtschaftspolitik“ auf die Fahnen schreibt. und somit unser jahrzehntelangen Nachbohren in diesem Rat einen weiteren Unterstützer findet und sich zum Beispiel die Erkenntnis , dass es die Bringschuld der Stadt ist sich als Dienstleister für Unternehmen und Ansiedlungswillige anzubieten,

immer mehr durchsetzt. (Hinweis SPD-HH Reden 1995ff) Auch begrüßen wir die Initiative „Tourismus noch stärker als Wirtschaftsfaktor zu begreifen“ In der letzten Sitzung des HFA haben wir hierzu beschlossen, dass die Stadt einmal alle Aktivitäten bündelt und referiert. Der Wunsch – und Aufgabenkatalog der FDP (Vorlage heute) wird ja in diese Beratungen eingehen.

Eng verknüpft mit dem Thema wirtschaftliches und effizientes Handeln ist auch das Bemühen um interkommunale Zusammenarbeit.

Die SPD war und ist ein Befürworter interkommunaler Zusammenarbeit.

Shared Services ist eine Chance mit weniger Verbrauch an Ressourcen mindestens das Gleiche für die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.

Aber wir sagen auch . Nicht um jeden Preis. Weder ideell noch materiell dürfen wir dabei schlechter wegkommen.

Wir wollen eben nicht , dass mögliche Partnerschaft so verstanden wird, dass wir in der eigenen Arena weniger zu sagen haben als vor der Partnerschaft.

Klar muss sein: Wipperfurth ist die mittlere kreisangehörige Kommune mit den entsprechenden Privilegien – mit Pflichten und eben auch Rechten . Wir bieten unsere Dienstleistungen an – man kann diese Dienste annehmen, aber man kann auch beim Kreis bleiben oder sich andere Partner suchen, wenn die Bedingungen einem nicht passen.

Der Arbeitskreis Gemeinsamer Bauhof hat seine Arbeit aufgenommen. Für uns gilt : Sorgfalt vor Schnelligkeit. Ich verhehle nicht, dass die Informationspolitik der Verwaltung bis 30.8.2009, wie sich im Nachhinein herausstellte, stellenweise miserabel war und Vertrauen verspielt wurde. Da wurde auch viel Sand in die Augen gestreut . Nicht jeder professorale Rat hält in der Praxis was die Theorie vorgaukelt. Das wird nun anders, sind wir optimistisch. Wir haben den Eindruck, dass Herr Bürgermeister von Rekowski sehr bemüht ist breit zu informieren und alle Beteiligten in diesem Prozess mitzunehmen.

Bei dieser Gelegenheit will es aber auch nicht versäumen dem Bauhofteam Danke für die hervorragende Arbeit in diesem Winter zu sagen . Sie haben einen guten Job gemacht.

Ehrenamtliches Engagement

Was aber wäre alles Bemühen von Rat und Verwaltung ohne das ehrenamtliche Engagement, die tausenden von Stunden ehrenamtlichen Einsatzes der Bürgerinnen und Bürger im Sport, in der Kultur, im sozialen und caritativen oder musikalischen Bereich? Sie sind es, die den Zusammenhalt unseres Gemeinwesens sicherstellen. Ihre Arbeit ist der Kit für den Zusammenhalt unseres Gemeinwesens; sie sorgen für die menschliche Wärme. Dafür Dank und Anerkennung, denn ihr Einsatz ist es, der jedes Jahr möglicherweise Millionen an Euro erst gar nicht im Haushalt des Bundes, des Landes und der Stadt kassenwirksam werden läßt.

Ob im Sport, der Musikschule , den Kirchen, den Bürgervereinen oder zum Beispiel beim Bürgerbusverein, der ganz aktuell aus eigener Kraft die Kosten für einen zweiten Bus stemmt und so die Mobilität in unserer Stadt erheblich verbessert –, sie alle betreiben Wertschöpfung zum Wohle eines besseren Zusammenlebens.

Deshalb ist es unser aller Aufgabe diese Strukturen zu unterstützen und zu stärken und nicht kaputt zu sparen. Es wäre fatal.

Rückblick und Ausblick

Meine sehr geehrten Damen und Herren, trotz schwieriger Haushaltsituation ist in den vergangenen Jahren durchaus auch einiges bewegt worden in unserer Stadt. Denken wir an den Bereich Wipperhof, die Wupperaue mit dem Sportplatz, den Erhalt des Walter Leo Schmitz Bades mit einer Generalsanierung und punktuellen Verbesserungen des Angebotes, immerhin werden rund 3.6 Mio Euro hier investiert oder auch die Umsetzung der energetischen Maßnahmen an vielen Schulen.

Das Erreichte darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass noch vieles zu tun ist. Zum Beispiel

- Fortsetzung der Sanierung städtischer Gebäude unter Beachtung energetischer Maßnahmen
- Weiterentwicklung der Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien
- Verstetigung des Zusammenhalts von jung und alt
- Verbesserung der Einkaufs-, Wohn und Aufenthaltsqualität in der Stadt
- Entgegenwirken gegen die Verdrückung der Stadt
- Erhalt der ehrenamtlichen Strukturen

Besonders in finanziell schwieriger Lage ist es angebracht näher zusammen zu rücken. Herr Bürgermeister von Rekowski ich will Sie Ausdrücklich ermuntern Ihren Kurs der offenen und umfangreichen Informationspolitik fortzusetzen und auch ihre Verwaltung in diesem Sinne noch weiter zu sensibilisieren.

Bis zu ihrem Amtsantritt Herr von Rekowski ist manche Information in den Maschen des Verwaltungsgestrübs bewusst oder unbewusst hängen geblieben. Informationen, die den Rat nie oder erst viel später erreicht haben.

Wir begrüßen ausdrücklich die neue Art der Kommunikation –des Miteinanders Das Bemühen um gleiche Informationen für alle.

Auch möchte ich Sie eindringlich ermuntern einmal gefasste Beschlüsse der Gremien dann auch zügig umzusetzen.

Die Unart der letzten Jahren „Umsetzung von Beschlüssen auf die lange Bank zu setzen“ muss ein Ende haben. In der Beschlusskontrolle muss das Wort „erledigt“ die höchste Trefferquote erzielen und nicht „in Arbeit“.

Herr von Rekowski ich will Ihnen Mut machen ein Bürgermeister zu sein,

Der zupackt und nicht zaudert

Der Versprechen nur dann macht, wenn er auch die Umsetzung einhält

Auf diesem Weg wollen und werden wir Sie nach Kräften unterstützen.

Wir reichen die Hand zum Miteinander Nicht nur dem Bürgermeister , sondern wir reichen die Hand allen im Rat vertretenen Fraktionen.

Wir brauchen eine „Wipperfürth Fraktion“ , die an einem Strang in dieselbe Richtung zieht.

Selbstverständlich muß es den Wettbewerb um die Besten und kreativsten Ideen zwischen den Fraktionen geben – Davon profitieren alle. In einer offenen und fairen Streitkultur, die die Meinung des Andersdenkenden respektiert, wird es uns besser Gelingen die Herausforderungen der Zukunft zu meistern

„Die Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich“ [Max Weber]

Sie können davon ausgehen, dass die SPD Fraktion sich in diesem Sinne dem Ideenwettbewerb wie in der Vergangenheit stellt.

Ich will dafür werben Gemeinsam ans Werk zu gehen , mit dem Bürgermeister Michael von Rekowski, mit dem Kämmerer Frank Trompetter und dem gesamten Verwaltungsteam.

Gemeinsam sind die Chancen größer zu tiefe Einschnitte in richtige und wichtige Erungenschaften der Daseinsvorsorge zu verhindern.

Ich bin optimistisch, dass wir vor Ort das Schlimmste abwenden können und kreative Lösungen finden , um zB Turhallenbenutzungsgebühren , unermessliche Gebührensteigerungen , Schließen von Einrichtungen usw. abzuwenden. Es ist zumindest der Versuch wert.

Lassen Sie uns gemeinsam eintreten für unsere lebens – und lebenswerte Stadt Wipperfürth.

Die SPD-Fraktion wird dem Haushalt in der vorliegenden Form mit den eingebrachten Anträgen zustimmen.

Ich bedanke mich bei Ihnen für die Aufmerksamkeit und wünsche schon einmal Ihnen und Ihrer Familie schöne Ostertage.

Med. 9.3.2010

Rede zur Verabschiedung des Haushalts 2010

UWG-Fraktion

Harald Koppelberg

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,
eine katastrophale Haushaltssituation,
eine bestehende Wirtschaftskrise
und ein demographischer Wandel, dies sind die
Kernpunkte, die sich im vorgelegten HS 2010 widerspiegeln.

Nun meine Damen und Herren, in dieser Lage könnte man Nahe
der Kapitulation sein.

Die Lage, eine im Wesentlichen von Außen erwirkte Situation.

Die Wirtschaftskrise mit der sich auswirkenden Gewerbesteuererbuße, beschert uns
den Pleitegeier.

Ein Einnahmeeinbruch von über 6 Mio.€, eine sich ergebende Minderung der Umla-
ge nach GFG und sich steigenden Betriebskosten, lassen das Zahlenwerk wie eine
Kapitulation wirken.

Ein weiterer Kostentreiber sind die polit. Entscheidungen in Bund und Land.

Da werden Entscheidungen auf den Weg gebracht, die Investitionen unterstützen
und die Folgekosten bleiben bei der Kommune hängen.

Dies alles führt dazu, dass auch Wipperfurth mehr Schulden auf- statt abbaut.

Und das, ohne hierbei wesentlich dem Ganzen aus dem Weg gehen zu können.

Allein die Pflichtaufgaben liegen in ihrem Umfang weit über den Einnahmen.

Da ist es nur verständlich, dass der Städte und Gemeindebund und auch einzelne
Städte unsere Landesregierung auffordern, dieses polit. Kranke System nicht weiter
fortzuführen.

Was passiert, die Zahl der Kommunen, die in das HSK oder in einen Nothaushalt
rutschen, steigt immer weiter an.

Eine schwerwiegende Folge für uns alle, ist die Handlungsunfähigkeit der Verwaltung
und der Politik vor Ort.

Die Wahrnehmung beim Bürger erwirkt nur weitere Unzufriedenheit und Verdruss
gegenüber der Politik.

Der Schaden hierbei ist kaum zu beschreiben.

Aber eins ist klar, die Wahlen, werden immer weniger repräsentativ, da die Wahlverd-
rossenheit steigt.

„Es gibt immer mehr als EINE Lösung“, dies ist ein Ausspruch eines hiesigen Un-
ternehmers.

Was ist nun unsere Aufgabe?

Wir haben die Verantwortung,

Wir haben die Aufgabe die Schulden zu vermeiden,
Wir haben die Verpflichtung unserer Bürger und Generationen
gegenüber!!!
Um die Verpflichtung und Aufgabe zu erfüllen, gibt es halt mehrere Lösungen.

Eine Pflichtaufgabe ist es, Schulden zu vermeiden und den Bürger nicht weiter zu belasten.

Wie ist das denkbar??

Wir die UWG stehen dafür ein, verantwortlich im Sinne dieser Aufgabenstellung zu handeln.

Die Lösungen zur Vermeidung weiterer Verschuldungen liegt in unserer aller Köpfe. Wir sind es, die kreativ sein müssen, die Mut haben müssen, um Projekte auch einmal neu zu überdenken.

Gewiss eine Verlässlichkeit im Beschluss und Planungssicherheit ist wichtig. Der Mut, auch einmal von Wünschen und Angeboten, Abstand zu nehmen, kann eine Lösung zur Konsolidierung sein. Wir die UWG sind bereit, auch Sparbeschlüsse zu tragen, die erstmalig unpopulär erscheinen.

Das Schieben von Straßensanierungen, die Aufgabe von Einzelprojekten in der Regionale 2010, oder die Veräußerung von Immobilien, das alles sind einzelne Kosten, die zum Schuldenabbau dienen.

Aber bekanntlich ergeben viele Einzelteile ein Ganzes.

Ein weiterer Aspekt ist die Ausstrahlung in Richtung Landes- und Bundespolitik. Die Tatsache, das Radevormwald sich von dem Wasserquintett verabschiedet hat, hat mehr Ausstrahlung, als das hier große Geldbeträge geblockt werden. Der HS 2010 ist im wesentlichen geprägt durch unsere Pflichten und deren Ausgaben, sowie die Verlässlichkeiten im Bezug auf einmal getroffene Beschlüsse bzgl. Hallenbad oder Radgehweg. Wir sollten uns aber im Einzelnen mit den noch zu treffenden Projektentscheidungen kritisch auseinander setzen.

Weg von Wünschen und hin zu Dem Wesentlichen, das ist das Gebot unserer Zeit. Jedes Weitere und Mehr, das der Bürger wünscht, muss auch finanziert werden.

Der HS 2010 zeigt Ausgaben auf in der Infrastruktur, der Stärkung unserer Schul-landschaft und der Verbesserung unseres Wirtschaftsstandortes Wipperfürth. Die Kostenbegrenzung durch unseren Stadtkämmerers, die Kooperation mit Nachbarkommunen, sie sind Maßnahmen der Gegenwehr von Ausgabensteigerungen.

Wir die UWG-Wipperfürth stimmen diesem Plan 2010 und seinem Geist zu.

Wir stimmen ebenso zu, das Wipperfürth sich weiterhin der Jugendhilfe stellt. Wir begrüßen es daher, auch in Wipperfürth sich für einen Streetworker stark zu machen!

Wir bedanken uns bei allen Mitarbeitern der Verwaltung, die zu diesem HS 2010 beigetragen haben.

Insbesondere bedanken wir uns bei Herrn Trompetter für die konstruktive Zusammenarbeit.

Und bei dem Stichwort Zusammenarbeit, sollte noch angemerkt sein, dass wir DIE LÖSUNGEN nur dann erarbeiten können, wenn wir fair und ehrlich unsere Gespräche im Entscheidungsprozess gestalten.

Ein Anfang ist seit dem November 2009 gemacht, lassen Sie uns daran weiter arbeiten, um auch unserer Pflicht zu entsprechen.

Eine erste Belastungsprobe wird die Entscheidungsfindung in Shared Service sein. Ein Projekt, das nicht glücklich gestartet wurde, das wir alle aber zu einem Guten Ende führen können.

In diesem Sinne, lassen Sie uns die Zukunft gemeinsam gestalten, sonst drehen wir unnötige Pirouetten.

Denn wenn Stillstand einkehrt, ist der Rückschritt nicht mehr fern.

Zum Schluss, kann ich nur noch mal an die Worte erinnern:

„ Es gibt nicht nur EINE LÖSUNG,
es gibt immer mehrere Lösungen eines Problems“

Und unser Problem sind die Schulden und deren Abbau.

Ich bedanke mich bei Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf viele Gespräche in Augenhöhe.

Rede zur Verabschiedung des Haushalts 2010

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Andreas Schmitz

Sehr verehrter Herr Bürgermeister, lieber Michael, liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen, liebe Wipperfürtherinnen und Wipperfürther,

ich möchte meine Worte heute unter zwei Leitgedanken stellen, nämlich „Verantwortung“ einerseits und „Zukunftsorientierung“ andererseits. Als ehrenamtlich tätiger, politisch aktiver Mensch sind dies für mich sozusagen die Leitplanken meiner Tätigkeit und meines Engagements.

Wenn ich die aktuelle Diskussion in der großen Bundespolitik verfolge, dann bewerte ich die Aussagen aller Beteiligten, inwieweit damit diesen beiden Leitgedanken entsprochen wird. Wer übernimmt dort wirkliche Verantwortung für das, was er tut und sagt und inwieweit wird damit Zukunft gestaltet. – Genau dort beginnt m.E. bei vielen meiner Nachbarn, Freunde und Arbeitskollegen der Verdruss mit „der Politik“, denn oft hat man den Eindruck, dass beide Vokabeln Fremdwörter sind.

Liebe Kollegen, liebe Wipperfürtherinnen und Wipperfürther, wussten Sie schon, dass nach Ansicht bestimmter politischer Kräfte in Deutschland die tiefste Wirtschaftskrise seit Gründung der Bundesrepublik vor allem auf die unbestritten hohen Kosten für Sozialleistungen zurückzuführen sind? Offensichtlich meinen die gleichen Kräfte auch, dass die „wirklichen Leistungsträger“ in dieser Gesellschaft entweder im Hotelgewerbe oder im Banken- und Finanzwesen zu finden sind? Es ist für mich ein Paradebeispiel für Versagen in der Politik. – Wenn die aktuelle Diskussion um „Hartz IV“-Leistungen heute so entscheidend ist, warum formulieren Sie, liebe Kollegen der FDP, hier im Rat keine Anfrage an die Verwaltung, wie hoch der Missbrauch konkret in Wipperfürth ist und welchen Anteil an der desaströsen finanziellen Lage der Stadt dies hat? DANN, wären Sie glaubwürdig und konstruktiv und keiner dürfte sich beklagen. Es ist für mich vor allem deshalb so ärgerlich, und dies ist noch höflich formuliert, weil die ganze Welt begriffen haben sollte, dass die „Täter“ und Verursacher dieser aktuellen Katastrophe am anderen Ende der Wohlstandsskala zu finden sind und dort die Beleidigung mit dem Begriff „Dekandenz“ mehr als angebracht wäre! Es bringt uns nur nicht weiter. Die Steuerausfälle für Wipperfürth sind direkte Folge dieses Versagens! – Die Vertreter der Industrie beispielsweise sind dort viel weiter, denn diese kritisieren die aktuelle schwarz-gelbe Bundesregierung als „orientierungslos“ und noch schlimmer: Nach Ansicht dieser Leute der Praxis liegen die Probleme in Deutschland ganz wo anders. Die Unternehmen erhalten bis heute zum einen nicht im nötigen Maße die Finanzmittel aus dem Bankensystem, die sie für Investitionen und zur Überbrückung benötigen. Zudem kritisiert man u.a. die Zukunftsunfähigkeit der Sozialversicherungssysteme, so wie sie heute aufgestellt sind. Dass beispielsweise die Rente keineswegs „sicher“ ist, weiß mittlerweile jedes Vorschulkind, aber Frau Merkel schweigt und schweigt und schweigt. Wo bleiben die Konzepte für eine verantwortungsbewußte und zukunftsorientierte Politik??

Zukunftsorientierung muss m.E. die erste Maxime jedes Politikers sein. Alles Denken und Handeln ist auf eine Beeinflussung der Zukunft gerichtet und diejenigen, die dafür sorgen, dass vor allem heute z.B. viel Geld verdient wird oder heute eine bestimmte Freiheit genossen wird oder heute beispielsweise dafür sorgen, dass etwas von Vorgestern erhalten bleibt, geraten schnell in den Verdacht, keine verantwortungsvollen Politiker zu sein. – Aus meiner Sicht zurecht!!

Zukunftsorientierung heißt, Strukturen so zu verändern, dass durchaus in der Vergangenheit bewährte Überzeugungen oder Wertvorstellungen für die Zukunft tragbar bleiben. Anders ausgedrückt: Wer nicht verändern will, der kann unmöglich die richtigen Entscheidungen treffen. Dies ist nicht als blinder Fortschrittsglaube falsch zu verstehen. Aber jede lange Zeit tragbare Struktur muss immer wieder hinterfragt werden. Gerade in einer so schnelllebigen Zeit wie heute. Deshalb hilft es eben nicht, die Schwächsten gegen die Schwachen auszuspielen...

Etwas zu verändern bedarf der Verantwortungsbereitschaft. Nur wer Verantwortung übernimmt kann die richtigen zukunftsfähigen Entscheidungen treffen. Gerade auch die Freiheit, die wir alle so sehr lieben und als selbstverständlich ansehen, geht ohne Verantwortung nicht. Eine Freiheit ohne Verantwortung ist nichts anderes als Egoismus und löst jede soziale Struktur auf. Das kann jeder in der Familie nachvollziehen. Wenn jeder nur seine eigene Selbstverwirklichung im Auge hat, ist dies letztendlich in sozialen Strukturen zerstörerisch, manchmal auch selbstzerstörerisch. Auch eine Marktwirtschaft, die nicht auf das soziale Gefüge einer Gesellschaft verwiesen ist, ist eine nicht lebensfähige Marktwirtschaft. – Dies haben wir im Zuge der „Krise“ alle gerade oft am eigenen Leibe erfahren müssen. Egoismus und Losgelöstheit von sinnvollen Strukturen bzw. Regeln zerstören. Und nichts anderes!

Was hat dies mit Wipperfurth und dem Haushalt zu tun, der hier heute beschlossen werden soll? Mit der Entscheidung der WählerInnen vom letzten Sommer besteht aus unserer grünen Sicht wieder die Chance, dass Zukunft und richtig verstandene Verantwortung möglich wird. Dies klingt möglicherweise etwas überzogen. Aber wir Grünen setzen in die neue Verwaltungsspitze, aber durchaus auch in den neuen Stadtrat eine Hoffnung, dass die Zeiten des Stillstandes, der Rückwärtsgewandtheit und der aus unserer Sicht in Teilen Unverantwortlichkeit ein Ende gefunden haben. Michael von Rekowski, der Kämmerer Frank Trompetter, aber durchaus „neue Köpfe“ wie Friedhelm Scherkenbach oder Josef Schnepfer, die bewährten Kräfte Frank Mederlet und Harald Koppelberg, aber vor allem die Wipperfurthinnen und Wipperfurth, die etwas für ihre Stadt bewegen wollen, geben eben doch Hoffnung, dass Zukunft wieder gestaltbar wird und alle ihre Verantwortung für diese Zukunft erkennen und wahrnehmen! Köpfe sind eben nicht alles in der Politik und in Gemeinwesen jeder Art, aber eben doch unverzichtbar!

Unser Bürgermeister hat uns versprochen, dass der Dialog wichtig sein wird. Das kann man aus unserer Sicht bislang erkennen und wir freuen uns darauf, dass auch die Bürgerinnen und Bürger in diesen Dialog in Zukunft eingebunden sein werden. – Hierzu verweise ich auch auf unsere GRÜNEN-Anträge zum Haushalt. Die schlechte Lage der Stadt muss eben auch den Menschen näher gebracht werden, aber eben sachlich und so, dass daraus eher Engagement entsteht statt das Beharren auf Eigeninteressen. Das Instrument der Einwohnerversammlung, wie es die NRW-Gemeindeordnung vorsieht, muss m.E. eine Selbstverständlichkeit werden. Nicht erst, wenn irgendwo „die Bude brennt“, wie damals in Thier oder ausschließlich eigene

Belange direkt betroffen sind, wie beispielsweise bei der Neuordnung der Niederschlagswassergebühren. Die „kommunale Selbstverwaltung“ sieht das Mitdenken und Mittun des Bürgers vor, so dass eine sachgerechte Information und Einbeziehung geboten ist! Aus meiner Sicht wäre auch ein „Bürgerhaushalt“ in Wipperfürth praktikabel. Das Potential in Wipperfürth ist jedenfalls riesengroß.

Lassen wir uns also beginnen die Verantwortung zu übernehmen, um Zukunft zu gestalten. Und dabei sollte der gesunde Menschenverstand nicht zu kurz kommen. Wenn man diesen anwendet, dann müssen dem nun jahrelangen Gerede über die ungerechte Belastung der Kommunen durch Bund und Land und Oberbergischer Kreis jetzt Taten folgen. Liebe Kollegen der CDU, nutzen Sie ihre Einflussmöglichkeiten in der Partei, denn Schulschließungen, die ständige Belastung der kommunalen Finanzen durch Aufgabenverlagerung auf die schmalen Schultern hier vor Ort sind kein Schicksal, wie es uns im Falle Thier noch verkauft worden ist. Dies ist politisch gestaltbar und wer hier in Wipperfürth sagt, er möchte Dorfschulen erhalten, der hat gefälligst dafür etwas zu tun. Wir sollten hier andererseits als KommunalpolitikerInnen zusammenhalten und „nach oben“ treten! - Ich verspreche Ihnen hier auch hoch offiziell, dass nach dem 9. Mai, wenn wir Grünen in Düsseldorf in Regierungsverantwortung sein werden, dieser Maßstab dann auch für uns gelten wird!

Aber der Verweis auf „die da oben“ reicht nicht. Verantwortung haben wir hier in Wipperfürth eben auch. Viele Entscheidungen treffen wir hier. Ob wir Fördergelder beispielsweise für Kunstrasenplätze oder Landschaftsbalkone abrufen, die uns nachher die Betriebskosten in die Höhe treiben oder später zu Ersatzinvestitionen führen, die finanziert werden müssen. Dies entscheiden wir bzw. haben wir hier entschieden. Insofern ist dafür hier in Wipperfürth jemand verantwortlich. Wir Grünen jedenfalls nicht!

Wir können aber auch im Positiven zukunftsorientiert Verantwortung übernehmen. Und da bin ich bei unseren geschätzten MitarbeiterInnen in der städtischen Verwaltung, denen ich hiermit für ihr hohes Maß an Engagement danken möchte! Ich danke auch für die professionelle Umstellung auf den neuen Chef der Verwaltung, Michael von Rekowski. Nach Jahren der Personalreduzierung, die durchaus vom Rat unterstützt worden waren, sind wir an Grenzen angekommen bzw. haben diese längst überschritten. Ob im Bereich der Kinder-, Familien- und Jugendhilfe, in der richtig verstandenen Wirtschaftsförderung oder im Bereich des Energie- und Gebäudemanagements der städtischen Liegenschaften. Andere Bereiche ließen sich noch aufzählen. An vielen Stellen führten gut gemeinte Kostenreduzierungen im Personalbereich zu zum Teil erheblichen Folgekosten, was zum strukturellen Haushaltsdefizit seit Jahren mit beiträgt. Leider hat die alte Verwaltungsspitze hier m.E. wirtschaftlichen Sachverstand vermissen lassen. Auch wenn dem Jugendamt wiederholt eine sehr gute Arbeit bescheinigt werden kann, so müssen doch Entwicklungen zur Kenntnis genommen werden, die einer intensiveren Betreuung von Seiten der Stadt bedürfen. Der Beschluss des Rates zum Jahr 2010, in einen Streetworker investieren zu wollen zeigt aber doch eben auch auf, dass wir hier früher hätten handeln müssen. Denn die aufsuchende Sozialarbeit ist nicht erst 2010 sinnvoll und eine Investition in die Zukunft. Als zweites Beispiel möchte ich das städtische Energie- und Gebäudemanagement anführen. Hier herrschten bis vor kurzer Zeit skandalöse Zustände! Man stelle sich vor: Ein Eigenheimbesitzer, der sich nicht gelegentlich oder gar regelmäßig seine Immobilie anschaut und instandsetzt bevor es zu erheblichen Folgekosten kommt. Udenkbar! Ein Eigenheimbesitzer, der nicht die Energieverbräuche im Auge hat. Udenkbar! Ein denkender Eigenheimbesitzer, der die auf uns alle zurollende

Kostenlawine bei den Energiekosten nicht zum Anlass nimmt heute über morgen nachzudenken. Undenkbar! All dies ist in der Stadtverwaltung über Jahrzehnte (!) kein Thema gewesen! Dies haben unabhängige Experten unzweideutig festgestellt und mit Michael von Rekowski werden die Änderungen jetzt eingeleitet! Hier sind über lange Jahre unter Verantwortung einer CDU-lastigen Verwaltungsspitze unglaubliche Summen Steuergelder im wahrsten Sinne des Wortes „verheizt“ worden. Dies ist schlicht unglaublich! Weder Verantwortung noch Zukunft hatten hier eine Chance. Jetzt ist hier das Personal aufgestockt worden und es muss aus unserer Sicht viel getan werden. Deshalb auch unser Antrag zu einem verantwortlichen Umgang mit Steuergeldern und der Zukunft unserer Kinder! Die Gemeinwesen beispielsweise in Schulen sind in der Lage Ideen zu entwickeln, wie man zukunftsfähiger wirtschaften kann. Eben auch mit Energie! Für den Haushalt und für den Klimaschutz, der ökonomisch geboten ist! Deshalb unserer Antrag.

Meine Damen und Herren, ich halte Emotionen in der Politik für durchaus angebracht. Denn, wer Verantwortung wahrnimmt kann dies nicht nur mit dem Kopf tun. Dazu benötigt man Mut, einen festen Standpunkt und vor allem ein klares Ziel für die Zukunft. Dies wünsche ich uns allen und vor allem unserem Bürgermeister Michael von Rekowski. Lieber Michael, lass dir vor lauter Routine und Alltag den klaren Blick für den Veränderungsbedarf nicht nehmen und denk die Dinge so zu Ende, dass sie zukunftsfest und verantwortbar sind. Vielen Dank!

Andreas Schmitz

Rede zur Verabschiedung des Haushalts 2010

FDP-Fraktion

Josef W. Schnepfer

(Kurzfassung – Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister von Rekowski,
verehrte Kolleginnen und Kollegen im Rat,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

vielen von dem, was meine Vorredner schon gesagt haben, kann ich nur unterstreichen. Zunächst möchte ich auch den Dank seitens der FDP-Fraktion an unseren neuen Bürgermeister, seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung sowie auch an meine KollegInnen von den anderen Fraktionen zum Ausdruck bringen.

In der Tat ist ja der kooperative Umgang der Fraktionen miteinander und mit dem Bürgermeister eine ganz neue Erfahrung. Die politische Konstellation, wie wir sie seit der Kommunalwahl im August 2009 in Wipperfürth haben, ermöglicht uns neue Formen der Zusammenarbeit, die der Stadt und uns allen zugutekommen. Ich wünsche mir, dass das auch in Zukunft so bleibt.

Unsere Haushaltslage hat sich gegenüber den Vorjahren dramatisch verschlechtert. Ich darf nur ein paar Zahlen nennen: Die Gewerbesteuer, die 2008 noch 18 Mio. Euro betrug und damit 58 % unserer kommunalen Steuereinnahmen ausmachte, ist in 2009 auf 6 Mio. Euro (35 %) eingebrochen. Das gesamte Steueraufkommen von rd. 32 Mio in 2008 wird in 2010 auf 18 Mio Euro sinken, also fast auf die Hälfte! Für das laufende Haushaltsjahr müssen wir mit einem Haushaltsdefizit von 14 Mio. Euro rechnen. Das ist ein Rekordminus für Wipperfürth.

Ein schwacher Trost ist, dass wir mit dieser Entwicklung in Wipperfürth nicht alleine dastehen. Vielen Kommunen geht es noch schlechter. Aber es gibt immerhin 6 Städte und Gemeinden in NRW, die **keine** Schulden haben. Bekanntestes Beispiel ist die Stadt Langenfeld, aber auch die Gemeinden Raesfeld und Reken (Krs. Borken), Issum (Niederrhein), Roetgen (Eifel) und Niederzier (Krs. Düren) gehören dazu. Wir sollten also nicht in Pessimismus verfallen, sondern uns ansehen, wie diese Gemeinden es geschafft haben. Die Besten sollten unser Maßstab sein, nicht der Durchschnitt !

Anlass zur Hoffnung gibt uns die soeben von der Bundesregierung auf Initiative der FDP beschlossene Einsetzung einer Gemeindefinanzkommission. Sie soll u.a. Vorschläge zur stärkeren Teilhabe der Kommunen an der Umsatz-, Einkommen- und Körperschaftssteuer erarbeiten. Diese Steuern sind weniger konjunkturabhängig als die Gewerbesteuer, würden den Gemeinden also ein längerfristig planbares Einkommen sichern.

Vorerst bleibt eines klar: Die nächsten Jahre muss eisern gespart werden. Die FDP-Fraktion unterstützt die vorgeschlagenen Sparmaßnahmen zum Haushalt 2010. Wir können nur an die Bürger appellieren, diesen Sparkurs mitzutragen, auch wenn es hier und da zu spürbaren Einschnitten bei den städtischen Leistungen kommt. Selbst die Pflichtaufgaben der Stadt müssen auf den Prüfstand.

Was können wir noch tun, um die finanzielle Lage zu verbessern? Sparen ist eine Möglichkeit, aber da sind wir bald am Ende der Fahnenstange angelangt. Die andere Möglichkeit ist, die Einnahmen der Stadt zu erhöhen. Hierfür wird sich die FDP-Fraktion vor allem einsetzen.

Die wesentlichen Steuereinnahmen, nämlich die Gewerbesteuer und der kommunale Anteil der Einkommensteuern sind abhängig von den wirtschaftlichen Aktivitäten in unserer Stadt. Das heißt: Wenn es uns gelingt, die Wirtschaftskraft der Stadt zu stärken, können wir unsere Finanzen konsolidieren, unsere Schulden abbauen und Freiraum für neue bürgernahe Projekte gewinnen. Stärkung der Wirtschaftskraft bedeutet:

- Schaffung von neuen Arbeitsplätzen
- Erhöhung der aktiven Einwohnerzahl
- Ansiedlung von jungen Familien
- Verbesserung der städtischen Steuereinnahmen
- Wohlstand für unsere Stadt

Diese Ziele müssen wir gemeinsam mit Nachdruck und Engagement verfolgen.

Die FDP-Fraktion hat hierzu mit ihren Ratsvorlagen zur heutigen Sitzung schon einige konkrete Vorschläge gemacht:

- Eine Vorlage zur verbesserten Auftragsvergabe an örtliche Unternehmen
- Eine Vorlage zu unserem „Aktionspaket Wirtschaftsförderung“. Dieses besteht aus drei Komponenten:
 - Anstellung eines hauptamtlichen Wirtschaftsförderers (w/m) bei der WEG (Aufgabe: Aktive Anwerbung von neuen Gewerbe-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen)
 - Schaffung einer zunächst Teilzeit-Stelle „Tourismusbeauftragte(r)“ in der Verwaltung (Aufgabe: Einbindung der städtischen in die regionale Tourismusförderung, gezielte Werbung für Wipperfürth)
 - Schaffung einer Teilzeit-Stelle „Fördermittelbeauftragte(r)“ in der Verwaltung. (Aufgabe: Aktive Akquisition von Fördermitteln für „rentable“ Projekte der Stadtentwicklung, Jugendförderung etc.)

Ein weiteres wichtiges Thema, das in dieser Ratsperiode mit Priorität weiter verfolgt werden muss, ist die Aufwertung der Innenstadt. Hierzu gibt es schon zahlreiche Vorschläge von allen Parteien und seitens der Verwaltung. Außerdem haben wir das GMA-Gutachten, das Anregungen hierzu gibt. Die Verwaltung arbeitet zusammen mit der Planungsgruppe MWM schon seit längerem an einem „Integrierten Handlungskonzept“ mit den Teilprojekten

- Mobilitätsmanagement
- Stadtstruktur, Stadtbild
- Bebauungsplan Innenstadt, Gestaltungssatzung
- Einbeziehung Klosterberg
- Attraktivitätssteigerung Wirtschaftsstandort

Diese Projekte müssen endlich konkretisiert, beschlossen und Schritt für Schritt umgesetzt werden. Hierfür können Fördermittel beantragt werden. Dies muss sobald wie möglich geschehen. Unsere Innenstadt muss als Ganzes attraktiver werden für Einzelhändler und Dienstleister und insbesondere auch einladend für deren Kunden und Besucher. Hierbei wird die FDP zielführend mitarbeiten.

Neben den genannten wirtschaftlichen Schwerpunktthemen werden wir uns seitens der FDP-Fraktion auch aktiv für die berechtigten sozialen Belange unserer Bürger einsetzen.

Vor allem die Förderung unserer Kinder und Jugendlichen ist uns ein ganz wichtiges Anliegen. Sie sind unsere Zukunft. Wir haben in Wipperfürth eine hervorragende Schulinfrastruktur, um die uns unsere Nachbarkommunen beneiden. Diese gilt es zu erhalten und auszubauen, soweit es angesichts der derzeitigen Finanzsituation möglich ist. Wir wollen uns auch hier um Fördermittel bemühen und helfen, förderfähige Projekte zu formulieren.

Wir sollten nicht vergessen, dass die Schullandschaft auch ein werbewirksamer Standortfaktor für Wipperfürth ist. Hierbei sind nicht nur unsere Grund- und weiterführenden Schulen, sondern auch das Berufskolleg zu erwähnen, dessen Einzugsgebiet weit über Wipperfürth hinausreicht. Die derzeitige Erweiterung des Berufskollegs geht übrigens mit auf eine Initiative der FDP im Kreistag zurück.

Im Hinblick auf die demographische Entwicklung werden wir uns auch aktiv für die Bedürfnisse unserer älteren Mitbürger einsetzen. Wir wollen ihnen eine hohe Lebensqualität in unserer Stadt sichern. Diese reicht von der fußgängerfreundlichen Innenstadt über Ausbau der Bürgerbuslinien bis hin zu Seniorenparkplätzen. Die FDP wird hierzu in nächster Zeit weitere Vorschläge im Rat einbringen.

Ich möchte die Bürger ermuntern, ihre Anliegen an uns Ratsmitglieder und an die Verwaltung heranzutragen. Sie sind für die Bürger da.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

1.6 Anfragen

1.6.1 Zustand der Straßen nach dem Winter und Reparaturbedarf; Anfrage des Rats Herrn Frank Mederlet / SPD-Fraktion, vom 20.02.2010 Vorlage: F/2010/057

Die Anfrage und die schriftliche Antwort der Verwaltung waren Bestandteile der Einladung.

Auf Nachfrage des Rats Herrn **Mederlet** informiert StBD **Barthel** darüber, dass durch den schlechteren Straßenzustand bedingte Schäden Dritter der städtischen Haftpflichtversicherung zur Prüfung und gegebenenfalls Regulierung zugeleitet werden.

1.7 Anträge

1.7.1 Vorrangige Räumung der Behindertenparkplätze beim Winterdienst; Antrag des Rats Herrn Wolfgang Eicker / FDP-Fraktion, vom 10.02.2010 Vorlage: A/2010/071

Beschluss:

Dem Antrag wird mit folgender Maßgabe stattgegeben:

Die Behindertenparkplätze entlang der Straßen werden mit in den regulären Räumplan aufgenommen. Die Reinigung erfolgt nicht separat, sondern im Zuge des Einsatzes. Hierdurch ist aber eine frühzeitige Räumung vorgesehen.

Die Räumung wird maschinell und nach Maßgabe der örtlichen Gegebenheiten (Platzverhältnisse) vorgenommen.

Die Räumung weiterer Parkplätze erfolgt weiterhin im Anschluss an die regulären Einsätze.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Antrag und die schriftliche Stellungnahme der Verwaltung mit abweichendem Beschlussentwurf waren Bestandteile der Einladung. Bürgermeister **von Rekowski** lässt, nachdem der Antragsteller Zustimmung signalisiert, über den Beschlussentwurf der Verwaltung abstimmen.

**1.7.2 Einführung der Ehrenamtskarte;
Antrag des Rats Herrn Frank Mederlet / SPD-Fraktion, vom 24.02.2010**
Vorlage: A/2010/074

Beschluss:

Der Antrag wird an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen. Parallel wird die Verwaltung beauftragt, mit dem Oberbergischen Kreis und den Kommunen des Oberbergischen Kreises ein gemeinsames Vorgehen zur Einführung der Ehrenamtskarte im gesamten Kreisgebiet zu klären.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Antrag und die schriftliche Stellungnahme der Verwaltung mit abweichendem Beschlussentwurf waren Bestandteile der Einladung. Bürgermeister **von Rekowski** lässt, nachdem der Antragsteller mit einer Verweisung an den Haupt- und Finanzausschuss einverstanden ist, über den Beschlussentwurf der Verwaltung abstimmen.

**1.7.3 Auftragsvergabe nach VOB / VOL;
Antrag des Rats Herrn Josef Schnepfer / FDP-Fraktion, vom 24.02.2010**
Vorlage: A/2010/073

Beschluss:

Der Antrag wird zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Antrag war Bestandteil der Einladung. Krankheitsbedingt war die rechtzeitige Vorlage einer fachlichen Stellungnahme der zuständigen zentralen Vergabestelle nicht möglich. Ratsherr **Schnepfer** begründet den Antrag damit, auf diesem Wege etwas für die lokalen Unternehmen tun zu wollen.

1.8 Mitteilungen

1.8.1 Verkaufsoffene Sonntage im Jahr 2010
Vorlage: M/2010/590

Die schriftliche Mitteilung der Verwaltung, die Bestandteil der Einladung war, nimmt der Rat ohne Wortmeldungen zur Kenntnis.

1.8.2 Schrittweise Umstellung auf eine papierlose Rats- und Ausschussarbeit; mündlicher Bericht des Bürgermeisters

Bürgermeister **von Rekowski** erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation die schrittweise Umstellung der Rats- und Ausschussarbeit auf die papierlose Form. Ziel sei es, sie moderner, effizienter und umweltschonender zu machen. Die Vision sei ein voll elektronisch umgesetzter Prozess in dem Sinne, dass alle Sitzungsteilnehmer nur noch mit Notebooks arbeiten. Dabei erläutert er den aktuellen Bereitstellungsprozess, stellt dem die Vorteile der elektronischen Einladungen und Vorlagen gegenüber und teilt mit, wann und wie die erforderlichen Unterlagen zukünftig auf elektronischem Wege bereit gestellt werden können.

Es werde eine schriftliche Abfrage bei den Ratsmitgliedern erfolgen, welcher Informationsweg sie für die Zukunft wünschen. In der Ratssitzung am 18.05.2010 werde eine Änderung der Geschäftsordnung zur Beschlussfassung vorgelegt, die formale Voraussetzung für die schrittweise Umstellung bzw. für die Option der Mandatsträger ist, die dargestellten Möglichkeiten zu nutzen. Für den Zugriff auf das Internet werde im Ratssaal ein WLAN-Netz realisiert, die Steckdosen würden ergänzt.

In der anschließenden Diskussion werden unter anderem Fragen nach der Gewährleistung des Datenschutzes beim Herunterladen nichtöffentlicher Unterlagen und nach dem Versicherungsschutz für mitgebrachte Notebooks behandelt.

1.8.3 Ermächtigungsübertragung vom Haushaltsjahr 2009 ins Haushaltsjahr 2010

Vorlage: M/2010/602

Die schriftliche Vorlage der Verwaltung samt Anlage, die Bestandteil des I. Nachtrags zur Einladung war, nimmt der Rat ohne Wortmeldungen zur Kenntnis.

1.8.4 Situation der Kommunalfinanzen; Einberufung einer Gemeindefinanzkommission auf Bundesebene

Vorlage: M/2010/603

Dem I. Nachtrag zur Einladung war eine schriftliche Mitteilung der Verwaltung beigelegt, wonach verschiedene Aktionen gestartet wurden, um auf die immer dramatischer werdende Haushaltslage der Kommunen aufmerksam zu machen. Anlagen waren hierzu Informationen der kommunalen Spitzenverbände, unter anderem mit dem Hinweis auf die am 04.03.2010 erstmals zusammengetretene Gemeindefinanzkommission. Der Rat nimmt diese Informationen ohne Wortmeldungen zur Kenntnis.

1.8.5 Bestätigung des Sitzungstermins 18.05.2010

Bürgermeister **von Rekowski** teilt mit, dass es mittlerweile mehrere Angelegenheiten gibt, die es erfordern, dass der ursprünglich nur vorsorglich eingeplante Sitzungstermin des Rates am 18.05.2010 tatsächlich genutzt wird und deshalb eine entsprechende Einladung ergeht.

Dies wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

Michael von Rekowski
- Vorsitzende/r -

Reinhard Breuer
- Schriftführer -